

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Hans Marzahn, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Gerhart Garbann, Magdeburg. Druck von Franz 2 Nr., monatlich 70 Hg. Bei den Postämtern 225 cgl. Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Hg., Sonntags- und Feiertagsnummern 10 Hg. — Inzerationsgebühren die Leiharbeiterzeitung 15 Hg. Post-Zustellungsliste Nr. 7839

Nr. 266.

Magdeburg, Donnerstag, den 13. November 1902.

13. Jahrgang.

Die Schweizerische Sozialdemokratie nach den Nationalratswahlen.

Mr. Zürich, 10. November.

Am gestrigen Sonntag fanden die letzten Stichwahlen zum Nationalrat statt, wobei die Sozialdemokratie noch ein Mandat errang. Dank einer Allianz mit den Konservativen wurde in St. Gallen Genosse Brand, der Redakteur des „Grillianers“ mit der knappen Mehrheit von 39 Stimmen gewählt. Damit ist die zukünftige sozialdemokratische Fraktion im Nationalrat auf sieben Köpfe angewachsen und es läßt sich nun nach dem Abschluß der ganzen Wahlkampagne das Fazit für die sozialdemokratische Partei ziehen.

Dabei muß eins vorausgeschickt werden. Die von einzelnen deutschen bürgerlichen Blättern gemachten Versuche, die Bedeutung der Schweizerischen Sozialdemokratie einzuschätzen nach der Stimmenzahl, die bei den Nationalratswahlen aufgebracht wurde, ist gänzlich unangebracht. Eine solche Aufzählung sieht ab von der eigenartigen Psychologie des Schweizervolkes, oder kennt diese überhaupt nicht. Und das gerade ist ein Faktor, dessen Bedeutung der Ausländer leicht zu unterschätzen geneigt ist. Es klingt beinahe unglaublich, aber es ist wahr: Wohl bei keiner Wahl spielen die Parteienanschauungen eine so geringe Rolle, wie bei den Wahlen zum Nationalrat. Nur die Sozialdemokratie führt auch diesen Kampf als Partei, von einer prinzipiellen Basis aus; sonst sind es persönliche oder örtliche Interessen, die den Ausschlag geben. Der Nationalrat da oben in Bern, der liegt dem Durchschnittsschweizer zu fern, als daß er seinetwegen in große Aufregung geraten sollte. Er wählt den Mann, der schon immer im Nationalrat war und kümmert sich wenig um dessen Parteistellung und politische Tätigkeit. Wenn der Nationalrat etwas beschließt, was ihm nicht gefällt, dann ist ja immer noch die Volksabstimmung da, in welcher mangelhafte oder schädliche Gesetze beseitigt werden können. So denkt der Schweizer und die Folge davon ist, daß nur um neue Siege, oder wenn Ausnahmeverhältnisse herrschen, wie in diesem Jahre in Genf, gekämpft wird. Und auch diese „Kämpfe“ sind ein Kinderpiel gegen das, was wir in Deutschland bei Reichstagswahlen leisten. Ein paar Inserate in den Zeitungen des Bezirks, das ist alles. Wenn noch ein paar Maueranschläge dazu kommen, dann reden hier die Zeitungen schon von einem heftigen Wahlkampf. So kommt es, daß die Partei, die seit dem Jahre 1848 die Mehrheit im Bundesparlament hat, bei jeder Nationalratswahl aufs neue die Mehrheit erhält; einmal weil es schon immer so war und das andere Mal, weil die Schweizer nur geringen Wert auf die Parteienanschauungen ihres Nationalrates legen, im Gegensatz zu den Wahlen in die nationalen Behörden, wo seit einem halben Jahrhundert durch das Auftreten der Sozialdemokratie diese idyllischen Zustände — in den industriellen Kantonen wenigstens — gründlich umgewälzt wurden.

Die Sozialdemokratie leidet natürlich unter den bestehenden Zuständen am meisten. Sie muß ihr Hauptaugenmerk darauf richten, daß die Arbeiter Interesse bekommen auch an den Nationalratswahlen. Das bewährteste Mittel hierzu ist bisher noch nicht angewandt worden. Man hat hier zu Lande noch nicht daran gedacht, daß die Tribune des Nationalrats der beste Ort ist, auf welchem man Propaganda machen kann für die Prinzipien der Partei. Das liegt an der Qualität der bisherigen Vertreter, von denen höchstensfalls Wulstschleger-Basel, der jetzt nicht mehr im Nationalrat sitzt, unseren Anschauungen von einem sozialdemokratischen Abgeordneten nahe kam. Die drei Ueberigen haben über aller „Sachlichkeit“ vergessen, daß sie Sozialdemokraten sind und daher niemals über die verschiedenen Sünden der herrschenden Partei an der geeigneten Stelle ein hörbares Wort geredet, welches dem Schweizervolk gezeigt hätte, daß es überhaupt Sozialdemokraten im Parlament gibt und was sie wollen.

Daß es damit jetzt anders werden soll, das ist das Hauptergebnis der diesjährigen Wahlen. Der alte Greulich, Dr. Brüstlein, Scheerer, Brand und — der Jüngste im Räte — Dr. Studer aus Winterthur sind tüchtige Leute, die in Bern ihre Pflicht erfüllen werden. Und das ist, was zunächst einmal notwendig für die Schweiz. Erst wenn einmal im Nationalrat die Vertreter des arbeitenden Volkes ihre Stimmen hören lassen und nicht nur sachlich mitarbeiten, sondern auch schonungslos Kritik üben, dann werden die Arbeiter die Bedeutung der Nationalratswahlen erkennen und wohl auch dazu gebracht werden, nicht nach persönlichen, sondern nach parteipolitischen Gesichtspunkten bei künftigen Wahlen zu stimmen.

So liegt also die Hauptbedeutung der diesjährigen Wahlen darin, daß die sozialdemokratische Vertretung in Bern

qualitativ verbessert wurde. Auch eine kleine Vermehrung — von drei auf sieben Mitglieder — hat stattgefunden. Außerdem ist die Stimmenzahl gewachsen: von etwa 35 000 im Jahre 1899 auf 50 000. Das sind jedoch nur Annäherungszahlen, da infolge des Listenwahlsystems in großen Wahlkreisen Sozialdemokraten nur gewählt werden können, wenn sie Kompromisse abschließen mit den bürgerlichen Parteien oder ohne Kompromiß von diesen auf die Liste genommen werden. Das Ausschneiden der rein sozialdemokratischen Stimmen ist daher unmöglich.

Verächtigt man alle diese im Wahlrecht liegenden Schwierigkeiten, das mangelhafte Interesse der Schweizer an ihren Nationalratswahlen, und den Umstand, daß die herrschende Partei, die über ein halbes Jahrhundert im Sattel sitzt, natürlich mit tausend Fäden mit der Wählerchaft verbunden ist und indirekte Beeinflussungsmöglichkeiten in großer Zahl zur Verfügung hat, so kommt man zu dem Schlusse, daß die Schweizerische Sozialdemokratie zwar keinen Sieg, aber auch keine Niederlage erlitten hat.

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 12. November 1902.

Aus dem Reichstage.

Bg. Berlin, 11. November. Im ersten Teil der Dienstagssitzung wurden die Abstimmungen — drei namentliche darunter — fortgesetzt, denen am Montag die Beschlußunfähigkeit ein frühzeitiges Ziel setzte. Natürlich hielt die Mehrheit mit zäher Treue an der Kommissionsfassung fest. Ein rührend-schönes Beispiel monarchischer Gefinnung lieferten die „Frei“sinnigen „Volks“partei, indem sie einen von unserer Seite beantragten Paragrafen niedersimmen halfen, nach welchem in Zukunft im Ausland gebaute Augustschiffe nach Art der „Hohenzollern“ verzollt werden würden. Natürlich: die Volksparteier sind eben für Zollfreiheit — nur nicht für Brotgetreide.

Bei der Beratung der folgenden Paragraphen — 6, 7, 7a, 8 — blieb das Bild dasselbe. Die Mehrheit traute auf ihre ziffermäßige Ueberlegenheit — im Reichstagssaale, nicht im Lande —, überließ den Rednern der Linken — unter denen sich bezeichnenderweise wieder auch nicht ein Eugentide befand — die durchschlagendsten Gegenargumente gegen die Kommissionsbeschlüsse vorzubringen, begnügte sich ihrerseits auf ein paar kurze Erklärungen durch den Mund ihrer Führer — und stimmte unverdrossen nieder. Drei Abstimmungen waren namentlich. Von unserer Seite sprachen Stadthagen, Mollenhuth, Stolle; von seiten der Freisinnigen Vereinigung ergriffen Pachnide, Brömel, Götth ein das Wort. Als Zollmehrheitskommissar fungierte bisweilen der Herr Pasahe, der die Freisinnigen väterlich ermahnte, nicht soviel Anträge auf namentliche Abstimmung zu stellen, eine Ermahnung, die Prinz Schönauich-Carolath — wegen einiger liberalen Anwendungen der „rote Prinz“ genannt — nachher im Privatgespräch mit Brömel, Barth uim. fortsetzte. Bei einer Gelegenheit wurde ein Linkenantrag gar vom Regierungstische aus befürwortet — ohne Erfolg.

Schon § 7a enthält Zollkriegsbestimmungen; der eigentliche Zollkriegsparagraph aber ist der § 8. Hier erprobte die Mehrheit wieder ihre beim Annahms-Paragrafen 5 bewährten Zusammenziehungskünste. Brömel, von Singer und Stadthagen wirksamst unterstützt, beantragte Trennung der einzelnen Abschnitte. Dr. Spahn widersprach. Das Haus hatte zu entscheiden. Die Freisinnige Volkspartei, einschließlich selbst der allergetreuesten Knappen Eugens, stimmte mit der Vereinigung und der Sozialdemokratie; mit der Mehrheit aber stimmte: Herr Eugen Richter, Abgeordneter von Hagen, Großkapitän des ausbeuterischsten Kapitalismus, Verfasser des Märleins von der Sparagneß, Oberster aller Wadenstrümpfler.

Sämtliche Abschnitte des achten Paragraphen wurden also in der Beratung zusammengeworfen. Dr. Pachnide geißelte wirkungsvoll die selbstmörderische, zwecklose Repressalienpolitik. Darauf beantragte Dr. Barth Vertagung. Der Präsident stellte die Unterstützungsfrage. Sie reichte aus. Es kam zur — einfachen — Abstimmung. Sie dauerte ungewöhnlich lange, da die Zöllner sich im Restaurant und den Wandelgängen verlustierten, und es einige Zeit kostete, sie in den Sitzungssaal zu treiben.

Erst darüber, in ihren Privatbesprechungen gestört zu sein, machten die Bündler bei der nunmehr erfolgenden trefflichen Rede unseres Genossen Stadthagen einen fürchterlichen Kadav, ohne aber unseren kaltblütigen Redner aus dem Konzept zu bringen.

Als Stadthagen geendet hatte, beantragte das bekannte Mehrheitstrifolium — nicht etwa Schluß der Debatte,

sondern — Wunder über Wunder! — Vertagung, gegen die niemand etwas einzuwenden hatte.

Die Frage der Tagesordnung der nächsten Sitzung erregte noch einen kurzen, aber heftigen Kampf. Singer, Seine, Pachnide verlangten energisch, einmal die Tarifbehandlung zu unterbrechen und an dem mittwochslichen Schwerinstag dieser Woche die zahlreichen unerledigten Petitionen oder Initiativanträge an die Reihe kommen zu lassen. Davon will natürlich die Mehrheit und ihr Vorführer Dr. Pachnide nichts wissen. Die Bombe, die Pachnide mit der Erwähnung des Antrags Nibichler in die Reihen der Zollmehrheit schleuderte, explodierte übrigens diesmal noch nicht in Gestalt konservativer und ultramontaner Reden, sondern nur in der Form wütender Gestikulationen des Herrn v. Pardorff.

Natürlich setzten die Zöllner ihren Willen durch und das Tarifgesetz auf die Tagesordnung der Mittwochsitzung.

Die Verzweiflung der Anti-Obstruktion.

Die Zollparteien sind in heller Wut; die angebliche „Obstruktion“ unserer Partei hindert sie, ihre Schäflein schnell ins Trockene zu bringen. Nur Eugen Richter, der Schritt-macher des Zolltarifs, findet bei den Zollparteiern ungeteiltes Lob. Die „Kreuzztg.“ schreibt heute in einer Polemik gegen die der Freisinnigen Vereinigung angehörende „Weser-Ztg.“

Die „Weser-Zeitung“ steht der Freisinnigen Vereinigung nahe, d. h. derjenigen Gruppe, die in erster Linie die von der Sozialdemokratie durchgeführte Obstruktion unterstüßt. Die Gerechtigkeit gebietet uns, anzuerkennen, daß die Freisinnige Volkspartei in dieser Unterstützung nicht die gleiche Einmütigkeit zeigt, und daß ihre hervorragenderen Mitglieder, vornehmlich ihr Führer, der Abgeordnete Richter, an den Versuchen, die Volksvertretung an der ordnungsmäßigen Bekundung ihres Mehrheitswillens zu verhindern, sich bisher nicht beteiligt haben. Wir haben diesen Parlamentarier zwar in allen Zeiten scharf bekämpft, immer aber haben wir anerkennen müssen, daß er als Politiker es mit dem Festhalten an seinen Grundföhen durchaus ernst nimmt und in diesem Sinne, sowie auch im Hinblick auf seine geistige Begabung einen angesehenen Platz unter den Parlamentariern einnimmt. Man würde ihm unrecht thun, wenn man ihn mit den rebusfuligen Kalmpolitikern der Freisinnigen Vereinigung auf eine Stufe stellen wollte.

Dieses Lob hat Eugen der Schweigsame — einst einer der von den Junkern am meisten gefürchteten Redner — voll verdient. Eugen Richter und die „Kreuzztg.“ sind jetzt einander wert.

Treffend verhöhnt die „Deutsche Tagesztg.“ des Bundes der Landwirte, welche tollkühn die Kündigung der Handelsverträge verlangt, die Obstruktion der Antiobstruktion. Sie nennt die Geschäftsordnungs-Vorschläge ihrer eigenen Parteifreunde „Seilmittel“, welche mit einer Naivität angepriesen werden, die geradezu rührend wirkt.

Das Zentralorgan des Centrums, die „Germania“, ist bereits in so heller Verzweiflung, daß sie schon ihre Leitartikel im Pöcklerstü verfaßt und voll flammender Entrüstung wider den „Juden Singer“ loslegt, der „wie der Jude Shylock“ auf seinem Schein auf der Geschäftsordnung des Reichstages besteht und durch ihre illoyale Handhabung Recht in Unrecht verkehrt“.

Demgegenüber schildert die „Rhein-Westf. Ztg.“, das Blatt der Industriearbeiter, die Situation ganz treffend, indem sie meint:

Der Antrag Nibichler auf Aenderung der Geschäftsordnung kann morgen nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden. Einen Vorschlag hierzu zu machen, lehnt auch der Präsident Graf Ballestrem ab; die Antragsteller selbst müssen dafür sorgen, daß er auf die Tagesordnung gelangt. Das stellt eine uferlose Geschäftsordnungs-Debatte in Aussicht, da bei einer solchen kein Antrag auf Schluß gestellt werden darf. Zum Antrag Nibichler haben die Sozialdemokraten eine Unmenge von Unter-Anträgen gestellt — man spricht von 100 solchen Anträgen! Der ganze Reichstagswagen fängt an, im Sumpf zu versinken.

Das rheinische Blatt hat recht.

Seitens der sozialdemokratischen Fraktion ist allerdings eine Reihe Abänderungsanträge zum Antrag Nibichler vorbereitet worden. Die Form des Amendements ist gewählt worden, um zu verhindern, daß auf Grund des § 53 Uebergang zur einfachen Tagesordnung von der Majorität beschlossen wird.

Ein Parlamentsidyll in Oesterreich.

Nach der Erklärung des Ministerpräsidenten Körber, daß bei der Wahl im Wiener Bezirk Favoriten von keinem Polizeibeamten der Befehl zum Einbringen der Polizeiwache in das Arbeitervereinshaus gegeben sei, daß aber aus dem Vereinshaus Biergläser herabgeworfen und im Haus die Wache mit Stöcken geschlagen worden sei, erfolgten wilde Schimpferien, die von den beiden Bürgermeistern von Wien, Lueger und Strohach begonnen wurden. Der Berliner „Sozial-Anzeiger“ berichtet darüber:

es war seit der Stichwahl Dr. Wlbers und Prochasas das erste Mal, daß Christlich-Soziale und Sozialdemokraten aufeinander trafen. Die beiden feindlichen Parteien fielen über- einander her. In engen Gruppen bedrohten stets mehrere einer Partei einen Einzelnen der anderen. Lueger hörte nicht auf, wenn seine Worte nicht mehr vernehmlich waren, mit den Händen die Pantomime des Niederdrückens zu machen. Man hörte ihn Wlbers kreischen: „Untergetrieft haben wir Euch!“ Später hatte er nur noch den einen Ausruf: „Meuchelmörder!“, den er wohl hundertmal wiederholte.

Die Sozialdemokraten schrien: „Einbrecher, Diebe, Ver- teiger! Wahlschwindler, politische Räuberbande, Diäten- schwindler! Bezahlte Hausknechtspartei!“ Als Lueger den Sozialdemokraten zurief: „Bezahlt Eure Schulden, eh! Ihr Euch rüßel!“ nannte ihn Schummeier den politischen „Thabaedl von Wien“. Strohbach kam nie dazu, ein Wort aus- zubringen; er wurde stets mit: „Schweigen, Dummkopf!“ angefahren. Bernerstorfer verlangte unangeseht das Wort; als der Lärm so weit nachließ, daß es ihm erteilt werden konnte, begann er:

„Dreieinhalb Tage sind vergangen, seit jene christlich- sozialen Fanghunde...“ Hierauf begannen die Lärmereien von neuem und alles wiederholte sich. Die Christlich- Sozialen verließen endlich den Saal, noch unter der Thür ver- ächtliche Gebärden und Zusinken zurückwerfend, während ihnen die Sozialdemokraten nachriefen: „Geißelengel Verjossene Antis- semiten!“

Wie man auch politisch über solche Zustände denken mag, eine gewisse Gemütslichkeit ist dem österreichischen Parla- ment nicht abzusprechen. —

Deutschland.

Berlin, 12. November. Der preussische Landwirtschafts- minister hat von den Landwirtschaftskammern Angaben über die in den letzten drei Jahren innerhalb der einzelnen Bezirke vorgekommenen Vertragsbrüche ländlicher Ar- beiter eingefordert. Da sind wieder neue Ausnahmese- geße in Sicht. —

Die reichsgesetzliche Regelung des Geheimmittelwesens bildet bekanntlich seit längerer Zeit den Gegenstand eingehender Beratungen. Die darauf bezügliche Bundesratsverordnung soll nunmehr bald veröffentlicht werden. Danach sind ungefähr 20 Mittel gänzlich verboten, und bei etwa 100 ist die öffentliche An- kündigung untersagt und der Verkauf in Apotheken gewissen Beschränkungen unterworfen. Gänzlich verboten werden nach § 6 solche Geheimmittel, „durch deren Vertrieb das Publikum in schwindelhafter Weise ausgebeutet wird.“ —

Zur Frage der Arbeitslosen-Versicherung hatte der Reichstag im Anschluß an den Etat beschlossen, den Reichskanzler zu ersuchen, eine Kommission zu bilden, die Vorschläge über eine zweckmäßige Ausgestaltung dieses Zweiges der Versicherung machen sollte. In seiner Sitzung vom 30. Oktober hat der Bundesrat dieser Entschließung zugestimmt. Demzufolge hat er, wie die „Soziale Praxis“ mitteilt, der arbeitsstatistischen Abteilung des kaiserlichen Statistischen Amtes den Auftrag erteilt, das tatsächliche Material über die bestehenden Einrichtungen zur Ver- sicherung gegen Arbeitslosigkeit zu sammeln und darzustellen.

Ein konservativer Demosthenes. Der neue Vorsitzende der konservativen Fraktion, Abg. v. Normann, ist Mitglied des Abgeordnetenhauses seit 1897, des Reichs- tags seit 1890. Im Abgeordnetenhause hat er nach der „Frei- Ztg.“ in den fünf Jahren überhaupt noch nicht ge- sprochen. Im Reichstage hat er in 12 Jahren ein einziges Mal das Wort ergriffen. Er sagte nämlich am 20. Januar 1902: „Ich habe dem Bericht nichts hinzuzufügen.“ —

Wie Eugen Richter berichtet. Gegenüber der gestern von uns gemeldeten Stellungnahme der Frei- sinnigen Volkspartei zu Gunsten der Bestrafung des Kontrakt- bruches ländlicher Arbeiter teilt Herr Richter mit:

Die Stellungnahme des anhaltischen Landtagsabgeordneten Jzmer in Cöthen ist der Parteileitung erst näher bekannt geworden durch einen derselben von einem anderen Landtagsabgeordneten ein- gebrachten Anruf des Herrn Jzmer aus Cöthen zu den bevorstehenden Landtagswahlen vom 31. Oktober 1902. Hierauf ist vor etwa acht Tagen umgehend dem anhaltischen Landtagsabgeordneten auf seine Anfrage erwidert worden, daß diese Sachlage des Herrn Jzmer sich in dramatischem Widerspruch befindet zu der Richtung, welche die Partei verfolgt.

In demselben Atemzuge erkennt Herr Richter aber das Schreiben als echt an, in welchem es in Verantwortung einer Anfrage heißt, daß das Parteiprogramm der Freisinnigen Volkspartei über die Bestrafung des Kontraktbruchs nichts enthält und daß deshalb die Stellungnahme bei dieser Frage nicht maßgebend ist für die Zugehörigkeit zur Partei.

Also Leute, welche für die Bestrafung unglücklicher Landarbeiter eintreten, die durch Verzweiflung zum Kontrakt- bruch getrieben wurden, dürfen zur Freisinnigen Volkspartei gehören. Vertreter der Freisinnigen Volkspartei stimmen für derartige schändliche Ausnahmesegeße, und trotzdem vermag Herr Richter zu behaupten, daß solche Handlungsweise nicht den Anschauungen der Freisinnigen Volkspartei entspricht. —

In dem Altonaer „Fall“, den wir und die gesamte Presse ohne Unterschied der Partei gestern hier einen Sozialdemokratennachwahrer nachgeschälen, wird jetzt vom Altonaer Polizeiamt folgendes mitgeteilt:

Das Einschreiten der hiesigen Polizei gegen die Frau Rappaport ist veranlaßt durch eine hierher ergangene Mitteil- ung der Staatsanwaltschaft in Hamburg, wonach die Frau Rappaport geistig gesunde Frau sei, genommen und durch Entlassung eines Haftbefehls dem hiesigen hiesigen Amtsgericht vorgebracht werden sollte. Demgemäß ist sie am 26. Juni durch hiesige Be- amte festgenommen und in das hiesige Polizeigefängnis abge- liefert, wo sie nach dem Tode des Gefängnisleiters in- folge ihrer Krankheit, daß sie sich in ärztliche Behandlung be- finde, dem Polizeiarzt übergeben und von diesem geschicklich- haft behandelt ist. Infolge dessen mußte zunächst von der Ver- sorgung der Frau durch den Staat abgesehen und die Ver-

haftete vorläufig dem Krankenhaus zugeführt werden. Am selben Tage, dem 28. Juni, erfolgt ist. Damit ist die Beteiligung der hiesigen Polizei in der Angelegenheit zum Abschluß gekommen. Wenn von der Frau Rappaport über ihre Behandlung seitens hiesiger Beamten Beschwerde geführt ist, so ist zu bemerken, daß die in Frage kommenden Polizeibeamten, die keinen geringeren Glauben verdienen, als die Beschwerdebeführerin, bestimmt bestritten, derselben zu einer Beschwerde An- laß gegeben zu haben.

Wir begnügen uns, diese Schilderung des Altonaer Poli- zeiamtes hier wiederzugeben und sind hoch erfreut, daß also die Altonaer Polizeibeamten kein Verschulden trifft. Der gestrige Bericht sprach von einem Widerstand gegen die Staatsgewalt, dessen sich die Frau R. gegenüber den nach ihr ausgeschickten Polizeibeamten schuldig gemacht haben sollte. Von dieser Anschuldigung soll die Dame freigesprochen worden, ja es sollen ihr die Kosten der Verteidigung aus der Staatskasse bewilligt worden sein. Wir sind sehr erstaunt, daß darüber die Altonaer Polizei amtlliche Darlegung nichts, aber auch gar nichts berichtet. —

Ein sozialdemokratischer Landtag im deut- schen Reich. Die letzte Nachwahl, die zum schwarzburg- rudoelstädtischen Landtage vorzunehmen war, hat ebenfalls mit dem Siege unserer Genossen geendet. Diese besitzen infolgedessen nunmehr neun von 16 Mandaten und damit die absolute Mehrheit des Hauses, während sie in dem alten Landtage nur durch einen Abgeordneten vertreten waren.

Ein Bravo unsern schwarzburg-rudoelstädtischen Genossen! Wenn auch im Landtage eines kleinen Duodezfürstentums nicht eine grundstürzende Aenderung der bestehenden Staats- ordnung beschlossen werden kann, so wird der schwarzburg- rudoelstädtische Landtag doch dafür sorgen, daß bedeutende, den Wohlstand fördernde Reformen in dem naturerschönen thüringischen Ländchen zur Durchführung gelangen. —

Das Resultat der hessischen Landtags- wahlen liegt nunmehr vollständig vor. Unsere Genossen behaupteten ihren Besitzstand mit 6 Mandaten. Das Centrum behält 7 Sitze. Die Freisinnige Volkspartei wächst von 2 auf 5 Stimmen an. Mengewählt sind 3 Bildliberale, die etwa auf dem Standpunkt der Freisinnigen Vereinigung stehen. Die Nationalliberalen sind von 21 auf 15 gesunken. Es hat also eine kleine Verschiebung nach links stattge- funden. —

Oesterreich-Ungarn.

Körber über den Ausgleich.

Der „Ausgleich“, — die Bedingungen, unter welchen die beiden Reichshälften miteinander auskommen sollen — ist noch immer nicht beschlossen. Im Verlauf der letzten Sitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses am Dienstag ergriff Ministerpräsident von Körber das Wort, von den Tschechisch-Radikalen mit lebhaftem Zurufen „Abzug Körber“ empfangen. Auf den Ausgleich mit Ungarn und auf die Handelsverträge eingehend, erklärte der Ministerpräsident, die Regierung habe die Verhandlungen mit der ungarischen Re- gierung rechtzeitig eingeleitet; ob sie dabei ihrer Pflicht, die österreichischen Interessen mit allem Nachdruck zu wahren, nachgekommen sei, werde das Haus später zu beurteilen haben. Um für den Abschluß von Handelsverträgen jederzeit ge- rüstet zu sein, glaube die Regierung, den Ausgleich mit Ungarn und den autonomen Zolltarif so früh fertig zu stellen, daß wenigstens diese Vorbedingungen für eine längere Ver- einbarung erfüllt sind und der einheimischen Produktion endlich die notwendige Beruhigung zu teil werde. —

Belgien.

Kammer und Senat

müssen nach der Konstitution am zweiten Dienstag des November zusammentreten, um die Session zu eröffnen und ihre Bureaus zu wählen. In der kommenden Session sind sehr lebhaft Debatten zu erwarten; die Regierung, die seit kurz nach der Aprilbewegung nicht mehr zur Verantwortung gezogen werden konnte, wird nunmehr den Vertretern der Nation in vielen Punkten Rede und Antwort zu stehen haben. Das Arbeitspensum des Parlaments ist ein sehr reichliches; es stehen nicht weniger denn 89 Gesetzesentwürfe, Anträge, Interpellationen usw. zur Verhandlung. —

Kleine politische Nachrichten. In Posen fand eine Sitzung der Einwohnungs-Kommission statt, der der Minister des Innern, Hr. v. Hammerstein, der Oberpräsident von Westpreußen, Del- brück, und der Oberpräsident von Posen, v. Witter, beizuhöhen. Del- brück und Delatich hatten in London gestern mit Chamberlain eine private Unterredung. — Die französische Deputierten- kammer nahm das Gesetz betreffend Abänderung des Vereins- gesetzes in der Gesamtstimmung mit 337 gegen 245 Stimmen an. — Sagasta ist in Madrid vom König Alfons bedingungs- los mit der Bildung des neuen Kabinetts betraut worden. — Der türkische Vorkämpfer in London, Constantino Pasha, ist auf der Insel Galli gestorben. — Für einen von bulgarischen Märgern in Mazedonien abgefangenen Günstling des Sultans hat Abdul Hamid das Lösegeld angetwießen. — Graf Kneffstein, seit 1895 österreichisch-ungarischer Gesandter in Bern, wird seinen Posten im Dezember verlassen und sich nach Rußland be- geben. — Die französische Regierung brachte den Geset- zenentwurf zur Schaffung von Arbeiterkammern ein. — Die Ver- handlungen zwischen der Vereinigten Staaten und Co- lumbia wegen des Panama-Kanals stehen vor dem formalen Abschluß. — Infolge einer Niederlage der Bolivianer im Tere- tze die Präsidenten hat der Präsident von Bolivia, Pando, ein Dekret erlassen, durch welches Bolivia in Besatzungszustand ver- setzt wird. — Die spanische Regierung eröffnet im kommenden September in der Landeshauptstadt Sevilla, und zwar in Charbin und in Valenzia. — Der Vertrag, den der Kaiser zum besten der vereinigten Familien und Familien der Royal Dra- gons, eines englischen Dragoner-Regiments, geschlossen hat, beläuft sich auf 500 Pfund Sterling (im deutschen Gelde 10000 Mark). —

Aus der Parteibewegung.

Das Ende des Solinger Streites. Die Ein- gung in Solingen ist am Sonntag auch in der Versamm-

lung des dortigen Sozialdemokratischen Volksvereins ein- stimmig gutgeheißen worden. Sodann sprach in einer großen öffentlichen Versammlung Genosse E. Bernstein über kommunale Fragen. Hierauf wurden die vier Kandidaten für die Stadtverordnetenwahlen, die Genossen Fortfert, Wollen- graben, Kreuzer und Eichhorn, einstimmig proklamiert. —

Eine polizeiliche Hausdurchsuchung wurde am Sonn- abend in den Räumen des „Sächsischen Volksblattes“ in Zwickau abgehalten. Die Polizei unter Führung des ersten Kommissars forschte nach dem Manuskript eines Artikels gegen die Meeraner Textilfabrikanten. Die Kriminalbeamten er- klärten, der Staatsanwalt habe im öffentlichen Interesse wegen dieses Artikels Strafverfolgung angeordnet. Natürlich fand die Polizei nichts. —

Kommunalwahlstege. Je zwei sozialdemokratische Stadtverordnete wurden gewählt in Eisenberg und in Schmölla. —

Aus der Totenliste der Partei. Ein alter Parteigenosse, der Kolporteur Schulz, ist in Hamburg im Alter von 65 Jahren gestorben. In den sechziger Jahren lernte er die Arbeiterbewegung kennen, schloß sich später den Eisenachern an und war, weil er die Druckschriften derselben vertrieb, in den Parteikreisen eine bekannte Persönlichkeit. —

Gewerkschaftsbewegung.

Streiks, Lohn Differenzen und Ausperrungen.

Textilarbeiter. In Forst ist bei der Firma Ernst Schmidt der Streik zu Gunsten der Arbeiter beendet. —

Steinbildhauer in Leipzig streiken. Sie haben am Montag auf allen Bauten, auch am Rathausbau, die Arbeit niedergelegt. —

Textilarbeiter in Gera. Die Antwort der Fabrikanten auf die Forderungen der Arbeiter ist jetzt erfolgt. Die Mit- glieder des Fabrikantenvereins haben sich im „beiderseitigen Interesse dahin geeinigt, sämtliche bisher niedriger gelohnten Artikel vom nächsten Jahrtage (21. November) ab nach dem neuen Tarif zu zahlen und für die bisher höher gezahlten Artikel eine Reduktion nicht eintreten zu lassen. —

Maurer. In Rostock haben zwei engagierte Italiener sofort den Entschluß gefaßt, wieder abzureisen. —

Bergarbeiter. In Frankreich haben die „roten“, d. h. die freien Gewerkschaften, es abgelehnt, im Beisein der „gelben“, die Forderungen an die Grubenbesitzer nicht ge- stellt hatten und ihren Arbeitsbrüdern während des Aus- standes in den Rücken gefallen waren, mit den Arbeitgebern in Verhandlungen zu treten. In Albi haben sich Arbeiter und Unternehmer dahin geeinigt, eine Anzahl Punkte einem Schiedsgericht zu unterbreiten. Im ganzen herrscht überall unter den Arbeitern Stimmung für Weiterführung des Streiks. —

Soziales.

Bergbau und Bergarbeiter.

Ueber dieses Thema bringt uns Nr. 6 der „Neuen Zeit“ dieses Jahrgangs aus der gewandten Feder von Otto Hué sehr interessante Mit- teilungen.

Danach beläuft sich die Weltproduktion an Stein- und Braunkohle für das Jahr 1901 auf 791,01 Millionen Tonnen, gegen 766,50 Millionen Tonnen im vorhergehenden Jahre. Leider hat mit der Weltproduktion die Produktion Deutschlands nicht gleichen Schritt gehalten. Sie sank viel- mehr infolge der Krisen, durch welche die Arbeiter am meisten zu leiden hatten und noch haben, merklich herab. Auch der Verbrauch an Kohle ist in den einzelnen Industrie- ländern, mit Ausnahme der Vereinigten Staaten von Nord- amerika, zurückgegangen. So wurden z. B. in Groß- britannien pro Kopf 3,89 Tonnen verbraucht, während Deutschland nur einen Konsum von 1,68 Tonnen pro Kopf aufzuweisen hat.

Ueber die Leistungen der Arbeiter existieren die ver- schiedensten Angaben. Pro Arbeiter betrug die Steinkohlen- förderung (in Tonnen à 1000 Kilogramm) im Jahre 1900:

In Nordamerika . . .	530
„ England	296
„ Deutschland	260
„ Frankreich	206
„ Belgien	173

Das rapide Anwachsen der ohnehin schon hohen Arbeits- leistung der Amerikaner ist auf eine umfangreiche, in Europa noch nicht enifert gekannte Einführung von Schräg- und Bohrmaschinen bei der Gewinnung zurückzuführen und auf die dortigen außerordentlich großen Flöze. In den euro- päischen Bergwerksländern muß die Arbeitsleistung unter normalen Verhältnissen abnehmen, da die Schächte tiefer, die Grubenräume ausgedehnter, die nur indirekt produktiven Arbeitermassen also stets größer werden. Sodann erfolgt auch ein künstliches Herabsetzen der Leistung durch die An- rechnung der sämtlichen Obertagsarbeiter auf die Förderung, obgleich viele Tausend über Tage beschäftigte Grubenarbeiter gar nichts mit der Förderung zu thun haben. Daß die Leistung „abnimmt“, die Kohlenpreise „nur mäßig“ erhöht sind, die Dividenden aber riesig stiegen trotz der „unverhält- nismäßig erhöhten Löhne“, ist eines der Rätsel der inter- nationalen Montanindustrie.

Des weiteren enthält der Artikel von Hué interessante Mitteilungen über die deutsche Knappschafts-Vereinsgenossen- schaft und das Versicherungswesen, aus denen hervorgeht, daß es in Preußen mit der Sozialreform sehr flau bestellt ist.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 12. November 1902.

Genosse Dr. David, Landtagsabgeordneter für

Mainz, spricht am kommenden Sonntag nachmittag in Gommern, am Montag abend in Wurg, am Dien-

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 266.

Magdeburg, Donnerstag, den 13. November 1902.

13. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

(213. Sitzung.)

Berlin, den 11. November 1902.

Am Bundesratsitz: Graf Posadowski, Freiherr von Rheinbaben.

Die zweite Lesung des Zolltarifgesetzes

wird fortgesetzt.

Es erfolgt zunächst die namentliche Abstimmung über den Antrag Albrecht und Gen. (Soz.), zu Ziffer 12 des § 5 des Zolltarifgesetzes, wonach von der Zollfreiheit alle Luxusfahrzeuge (nicht nur Yachtboote und Fischschiffe zu Luxuszwecken) ausgeschlossen sein sollen. (Bei der gestrigen namentlichen Abstimmung über diesen Antrag hatte sich die Beschlussfähigkeit des Hauses herausgestellt.)

An der Abstimmung beteiligten sich 243 Abgeordnete, von denen 50 für den Antrag Albrecht, 193 dagegen stimmten. (Die freisinnige Volkspartei stimmte mit der Mehrheit gegen den Antrag.) Der Antrag ist somit abgelehnt.

Zu einfacher Abstimmung wird der Antrag Golthein (Freis. Vgg.), über das Stütz- und Nützengut der Schiffe zollfrei lassen will, abgelehnt.

Der Antrag Dr. Müller-Meinigen (Freis. Vpl.), wonach auch Materialien zur Ausübung des Fischereigewerbes zollfrei sein sollen, wird in namentlicher Abstimmung bei einer Präsenzsziffer von 251 Abgeordneten mit 181 gegen 70 Stimmen abgelehnt.

Es folgt die namentliche Abstimmung über den Antrag Albrecht (Soz.), zollfrei zu lassen: Garne, welche zur Herstellung von Fischernetzen zum eigenen Gebrauch von Fischern oder deren Angehörigen verfertigt werden.

An der Abstimmung beteiligten sich 256 Abgeordnete; für den Antrag stimmten 72, dagegen 184, der Antrag ist also abgelehnt.

§ 5 wird darauf unverändert angenommen.

§ 6 Abs. 1 bestimmt in der Fassung der Regierungsvorlage, daß im Tarif nicht besonders genannte Waren denjenigen Tarifstellen zugewiesen werden sollen, in denen die ihnen nach Beschaffenheit oder Verwendungszweck am nächsten stehenden Waren aufgeführt sind.

Die Kommission hat diese Bestimmung gestrichen.

Die Abgg. Fehr, v. Wangenheim (Konf.), Dr. Nöjcke-Kaiserslautern (Wund d. L.) und Dr. Spahn (Wund d. L.) beantragen, diesen Passus wiederherzustellen.

Abg. Dr. Bachnide (Freis. Vgg.) beantragt, im Tarif nicht besonders genannte Waren zollfrei zu lassen.

Für den Fall der Annahme des Antrages Wangenheim beantragt Abg. Dr. Bachnide, daß die nicht besonders genannten Waren durch den Bundesrat den ihnen nach Beschaffenheit usw. am nächsten stehenden Waren zugewiesen werden sollen. Auch sollen die getroffenen Bestimmungen dem Reichstag sofort, oder wenn er nicht versammelt ist, bei seinem nächsten Zusammentritt mitgeteilt werden. Sie sollen außer Kraft gesetzt werden, wenn der Reichstag seine Zustimmung nicht erteilt.

Abg. Dr. Nöjcke-Kaiserslautern (Wund d. L.) befürwortet den Antrag Wangenheim. Die Industrie entwickelt sich so rapid, die Möglichkeit, daß neue Nuancen geschaffen werden, ist so groß, daß es notwendig ist, über die zollfreie Behandlung im Tarif nicht aufgeführter Waren eine Unsicherheit bestehen zu lassen.

Abg. Dr. Bachnide (Freis. Vgg.) befürwortet im Interesse der Arbeit und Verständlichkeit seinen Antrag, durch den die Linke wieder beweise, wie gut konservativ sie in handelspolitischen Dingen sei. (Lachen rechts.) Zur Falle der Ablehnung seines Antrages bittet Nöjcke, wenigstens seinen Eventualantrag anzunehmen.

Der Antrag Bachnide auf namentliche Abstimmung über seinen Prinzipal Antrag wird genügend unterjährt.

Staatssekretär v. Thielmann bittet um Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Abg. Dr. Spahn (Centrum) befürwortet den Kommissionsbeschuß.

Abg. Stadthagen (mit Unruhe rechts empfangen): Auch bei Ablehnung des Antrages Bachnide werden die im Tarif nicht genannten Waren zollfrei bleiben. Der von Herrn Nöjcke

vorgelegene Weg ist ungangbar; das ist schon in der Kommission an der Hand praktischer Beispiele nachgewiesen worden; ich weiß allerdings nicht, ob die Herren, die damals anwesend waren, zugehört haben. (Geisterkeit.) Obwohl der Antrag Bachnide eigentlich überflüssig ist, bitte ich doch im Interesse größtmöglicher Klarheit um seine Annahme. (Weißal bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Paasche (natl.): Ich hoffe, Herr Dr. Bachnide zieht diesen seinen Antrag zurück. Wir werden für die Kommissionsfassung stimmen.

Damit schließt die Diskussion. Der Prinzipal Antrag Bachnide wird in namentlicher Abstimmung mit 179 gegen 76 Stimmen abgelehnt; der Eventualantrag Bachnide wird in einfacher Abstimmung gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten, der Antrag Wangenheim gegen die Stimmen der Konservativen abgelehnt, § 6 darauf in der Kommissionsfassung angenommen.

§ 7, wonach das für die Ausführung von staatlich vereinbarten Eisenbahnverbindungen zwischen dem deutschen Reich und einem Nachbarstaat erforderliche Material usw. zollfrei sein soll, wird ohne Debatte in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen.

Als § 7a hat die Kommission folgende Bestimmung neu eingefügt: Bei der zollamtlichen Abfertigung einer Ware, die je nach ihrem Herstellungsland einer unterschiedlichen Zollbehandlung unterliegt, ist von dem Einführer zu erklären und auf Erfordern nachzuweisen, in welchem Lande die Ware hergestellt worden ist.

Die näheren Bestimmungen über den Inhalt und die Form der Erklärung und über die Erbringung des Nachweises erläßt der Bundesrat. Kommt der Einführer seinen vorstehend festgesetzten Verpflichtungen nicht nach, so tritt die für ihn ungünstigste Zollbehandlung ein, unbeschadet der etwa daneben verwickelten Strafen oder sonstigen Nachschüsse.

Abg. Golthein (Freis. Vgg.) beantragt, den § 7a folgendermaßen zu fassen: „Unterliegen die eingehenden Waren je nach ihrem Ursprung verschiedenen Zollsätzen, so kann die Anwendung des niedrigeren Zollsatzes von dem Nachweis des Ursprunges abhängig gemacht werden. Die näheren Bestimmungen trifft der Bundesrat.“

Die Abgg. Albrecht und Gen. (Soz.) beantragen den Zusatz zum § 7a, daß die Bestimmungen des Bundesrats der nachträglichen Genehmigung des Reichstages unterliegen.

Abg. Brömel (Freis. Vgg.) beantragt: 1. prinzipiell Streichung des § 7a, 2. eventuell (in Nebeneinstimmung mit dem Antrag Albrecht) Festsetzung der Genehmigungsbesugnis des Reichstages.

Abg. Golthein (Freis. Vgg., zahlreiche konservative und Zentrumsmänner verlassen den Saal): Der Antrag der Kommission würde zu erheblichen Beschränkungen unseres Einfuhrhandels führen; so müßte z. B. weil wir mit dem hochwichtigen Lande Saiti in Zollschilde leben (Geisterkeit), jeder Sach Staffee auf seinen Ursprung untersucht werden. Er bittet, wenigstens seinem Antrage zuzustimmen. (Bravol links.)

Direktor im Reichsamt des Innern Wermitz befürwortet den Prinzipal Antrag Brömel auf Streichung des § 7a und den abschließenden Antrag Golthein.

Präsident Graf Vassestrom teilt mit, daß zwei Anträge auf namentliche Abstimmung (Sitz, hört! rechts) über den Antrag Albrecht und über die Kommissionsbeschlüsse eingelaufen seien.

Abg. Wollenkubur (Soz.): Nachdem die Regierung beim § 1 sich so energisch gegen Zolltarife ausgesprochen hatte, mußte ich annehmen, daß sie auch entschieden gegen Ursprungszeugnisse auftreten würde. In den Ländern mit Wertzöllen sind Ursprungszeugnisse berechtigt, in den Ländern mit Gewichtszöllen aber nicht. Die ganze Bestimmung trägt einen häßlichen, schamlosen Charakter; von dem Schaden, den sie angeht, trifft nur ein Zehntel das Ausland, neun Zehntel trägt der einheimische Geschäftsmann. Soll für jeden einzelnen Bestandteil der Ursprung besonders nachgewiesen werden? Das giebt der Regierung die Macht, den Handel völlig lahm zu legen, wenn sie will. Daher bitte ich Sie, mindestens unseren Eventualantrag anzunehmen, der die Einschöpfung der Zustimmung des Reichstages festsetzt. (Weißal bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Spahn (Centr.) bittet alle Änderungsanträge abzulehnen.

Abg. Dr. Semler (natl.) empfiehlt Annahme des Antrages Golthein.

Abg. Brömel (Freis. Vg.): Die Kommission hat hier eine Bestimmung in das Zolltarifgesetz gebracht, die gar nicht hineingeht. Das Zolltarifgesetz hat nur die Höhe der Zollsätze vorzuschreiben, nicht aber die Zollabfertigungsbestimmungen. Auf jeden Fall bitte ich meinen Eventualantrag auf Einfügung der Beschränkungsklausel anzunehmen.

Senator Dr. Klugmann: Die obligatorische Einfügung der Ursprungszeugnisse ist eine zweifelhafte Waffe. Am besten wäre es, den ganzen Paragraphen zu beseitigen.

Abg. Stolte (Soz.; schwer verständlich): Zum mindesten muß der Bundesrat dem Reichstag Rechenschaft über die von ihm erlassenen Bestimmungen ablegen. Am besten freilich ist es, den ganzen § 7a im Interesse des deutschen Handels und der deutschen Konsumenten abzulehnen. (Bravol bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Debatte. Das Amendement Brömel zum Antrag Golthein (Genehmigung des Reichstages) wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Freisinnigen und des Abg. Dr. Semler (natl.) abgelehnt; ebenso der Antrag Golthein (fakultativer Ursprungs nachweis), für den auch die Nationalliberalen stimmen.

In namentlicher Abstimmung wird der Antrag Albrecht (Soz.) (Einschränkungsklausel zum Kommissionsantrag) mit 189 gegen 71 Stimmen abgelehnt. Ebenfalls in namentlicher Abstimmung wird § 7a mit 182 gegen 71 Stimmen angenommen.

§ 8 bestimmt in der Kommissionsfassung: „Zollpflichtige Waren, die aus Ländern herkommen, in welchen deutsche Schiffe oder deutsche Waren unangünstiger behandelt werden als diejenigen anderer Länder, können neben dem tarifmäßigen Zollsatz einem Zollsatz bis zum doppelten Betrage dieses Satzes oder bis zur Höhe des vollen Wertes unterworfen werden. Tarifmäßig zollfreie Waren können unter der gleichen Voraussetzung mit einem Zoll bis zur Hälfte des Wertes belegt werden. Auch können, soweit nicht Vertragsbestimmungen entgegenstehen, ausländische Waren denselben Zöllen und Zollabfertigungsvorschriften unterworfen werden, die im Ursprungsland auf deutsche Waren Anwendung finden. Die hier vorgesehenen Maßnahmen werden nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats durch kaiserliche Verordnung in Wirksamkeit gesetzt. Die Genehmigung des Reichstages ist für die getroffenen Anordnungen einzuholen.“

Die Abgg. Albrecht (Soz.) und Gen. beantragen: 1. in Absatz 1 das Wort „Länder“ durch „Staaten“ zu ersetzen, 2. im ersten Satz hinter „können“ einzuschalten: „soweit nicht Vertragsbestimmungen entgegenstehen“.

Abg. Dr. Bachnide (Freis. Vg.) beantragt, die Worte „oder bis zur Höhe des vollen Wertes“ zu streichen.

Die Abgg. Albrecht (Soz.) und Golthein (Freis. Vg.) beantragen, den Absatz 2 zu streichen.

Abg. Golthein (Freis. Vg.) beantragt im Absatz 1 das Wort „doppelt“ durch „vollen“ zu ersetzen und statt „zur Hälfte“ zu sagen „zu einem Fünftel“.

Abg. Dr. Brömel (Freis. Vg., zur Geschäftsordnung) beantragt getrennte Beratung der beiden ersten Absätze.

Vizepräsident Büsing: Gegen den Antrag Brömel erhebt sich kein Widerspruch. (Lebh. Wohl!-Rufe rechts und im Centrum.)

Abg. Dr. Spahn (Centr.) sieht keinen Grund für getrennte Beratung.

Abg. Singer beantragt getrennte Beratung über alle drei Absätze.

Abg. Stadthagen (Soz.): Der Absatz 2 müßte eigentlich ein besonderer Paragraph sein. Die Verbindung der drei Absätze verlängert nur die Beratung. Wenn Sie trennen, geht es schneller. (Geisterkeit. Unruhe rechts.)

Der Antrag Singer wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Freisinnigen Vereinigung und der Freisinnigen Volkspartei, mit Ausnahme des Abg. Richter, abgelehnt; ebenso der Antrag Brömel gegen die Stimmen der gesamten Linken.

Abg. Dr. Bachnide (Freis. Vg.): Die Aufnahme der Worte „oder bis zur Höhe des vollen Wertes“ in die Kommissionsfassung des § 8 bedeutet einen Erfolg lechzter agrarischer und leider auch nationalliberaler Bestrebungen. Im Einklang mit wiederholten Erklärungen der Regierung bitte ich um Annahme meines Antrages, so-

Fenilleton.

Nachdruck verboten.

Arbeiter.

Roman von Alexander v. Kielland.

Autorsierte Uebersetzung aus dem Norwegischen von Kapitän C. von Sarauw.

(38. Fortsetzung.)

Die Frau Minister war sehr verstimmt. Alle ihre Uebersetzungen waren erfolglos geblieben. Der Minister hatte in seinem gewichtigsten Tone gesagt: „Ich kann nicht, Adelheid, ich darf nicht!“ Und wenn er — was selten der Fall war — in diesem Tone sprach, so wußte sie, daß er unbeweglich war. Nun saßen sie in ihrem kleinen ungemüthlichen Wohnzimmer, das eigentlich gar nicht darauf berechnet war, daß man sich den ganzen Tag darin aufhalten sollte; draußen regnete es und durch die dünne Bretterwand drang der Geruch der Speisen und der Lärm der Küche zu ihr herein.

Frau Falk-Olsen aber ging ihrem Manne entgegen nach der Anlegebrücke zu, als das Dampfschiff um die Landspitze kam.

Die beiden Herren stiegen aus und gingen zusammen weiter; und nun kam der Born des Großhändlers zum Ausbruch. Sie waren von der Generalversammlung unmittelbar auf das Dampfschiff gegangen und dies war mit Passagieren überfüllt. Hier hatten also keine Erörterungen stattfinden können.

„Das hätte ich allerdings nicht geglaubt!“ rief der Großhändler bissig, „es wundert mich — ja wahrhaftig, es wundert mich — daß Sie so etwas wagen — Bemerkchen!“

„Es thut mir leid, Herr Falk-Olsen, aber ich sagte es Ihnen im voraus; ich konnte nicht anders. Höhere Rücksichten —“

„Rücksichten! Mir scheint, Sie sind mir ziemlich große Rücksichten schuldig — ziemlich große!“

„Nun, nun, Ole Johann, nur nicht so aufgebracht,“ sagte beschwichtigend seine Gattin, die jetzt zu ihnen trat.

„Ach, was hast Du Dich darein zu mischen! Der da“ — dabei zeigte er mit seinem Cigarrenstummel auf den Minister, „stimmt für Konsul Lind, obgleich er weiß, daß, wenn ich nur will, so — aber er soll es bereuen — noch heute — darauf kann er sich verlassen!“

„Hören Sie mich einen Augenblick an, Herr Falk-Olsen,“ begann der Minister — er war bleich und seine Mundwinkel bebten, als er zu lächeln versuchte — „ist es Ihnen nie eingefallen, daß Ihnen hier etwas fehlt?“ und der Minister klopfte ihm sanft auf den linken Nackenschlag.

„Zum Henker mit Ihnen keinen Redensarten! Mir fehlt's weder im Herzen noch im Kopf, das sollen Sie bald erfahren.“ Damit stürzte er fort, seinem Gange zu.

Frau Falk-Olsen aber, deren kluge Augen die beiden Herren während des Gesprächs genau beobachtet hatten, wechselte einen schnellen Blick mit dem Minister; er nickte. „Können wir darauf bauen?“ fragte sie.

„Ganz sicher, wenn er sich klug benimmt; das heißt freilich — erst nach einiger Zeit.“

„Dann werde ich es schon in Ordnung bringen,“ versetzte die Dame.

„Ja, liebe Frau Falk-Olsen — wenn Sie das könnten!“ rief der Minister mit Wärme. Er wollte ihre Hand ergreifen, aber sie war unter dem Regenmantel versteckt, so daß sie sich damit begnügen mußten, mit den Augen zu grüßen, als sie sich trennten.

Als Frau Falk-Olsen ins Haus trat, saß ihr Mann mit dem Hut auf dem Kopf im Kabinett und schrieb, daß die Feder kratzte.

„Du schreibst, Ole Johann?“ fragte sie in gleichgültigem Tone.

„Ja, ich gebe dem Comptoir die Order, sofort Bennechens Konto abzuschließen — sofort — kein Augenblick soll verloren werden.“

„Das kann ich mir denken, denn Du machst Dir natürlich nichts aus seinem Anerbieten.“

„Anerbieten? Was für ein Anerbieten?“

„Du hast Dich ja stets über dergleichen Land lustig gemacht,“ fuhr seine Gattin fort, indem sie den Regenmantel abnahm.

„Wobon redest Du denn eigentlich? Was meinst Du?“

„Ja, hast Du's denn wirklich nicht verstanden?“ versetzte Frau Falk-Olsen und machte ein ganz erstauntes Gesicht.

„Was habe ich nicht verstanden? Was soll der ganze Unsinn bedeuten?“ rief der Großhändler und wandte sich um.

„Aber so sag doch, Ole Johann, hast Du wirklich nicht

verstanden, was der Minister meinte? Werttest Du denn nicht, daß er Dich auf die Brust schlug?“

„Jängst Du nun auch mit diesem Zeug an? Das sollte ganz einfach bedeuten, daß mir die Besonnenheit fehle, daß ich solch eine Nachtmüße sein müßte, wie er selbst es ist; aber ich will —“ der Großhändler hielt inne und starrte seine Frau an, denn diese brach in ihr munterstes Lachen aus und rief:

„O, Du Kluger Ole Johann! Wie würde es Dir gehen, wenn Du mich nicht hättest? Was ist das —“ sie sagte ihn am linken Nackenschlag — „was ist das, was große Männer hier zu tragen pflegen, und was Dir hier fehlt? Nun?“

Der Großhändler Ole Johann Falk-Olsen taumelte drei Schritte zurück und blieb vor dem Spiegel stehen; er starrte abwechselnd in den Spiegel und auf seinen linken Nackenschlag, während er ungeschicklich am Knopfloch pflückte.

„Glaubst Du wirklich, daß er das meinte?“

„Natürlich! Aber dann müßt Du auch Partei ergreifen, wie er sagt, und das willst Du ja nicht.“

„O, darauf solltest Du nicht allzu fest bauen,“ rief ihr Mann und drehte sich auf dem Absatz herum; „eine Gefälligkeit ist der anderen wert; verlangt man nichts anderes von mir, so —“

„Aber, lieber Mann, dann hättest Du auch Direktor werden können, wenn Du doch übertreter wüßtest —“

„Ach was, der Lumpige Direktorposten! Glaubst Du, daß ich dafür etwas thun möchte? Aber dies ist eine ganz andere Sache, siehst Du! Das ist doch etwas! Wenn ich nun bloß etwas dafür thun könnte, daß es schnell ginge.“

„Du machtest Dich nämlich über das gelbe Corps lustig, ich sah, daß das dem Minister unangenehm war.“

„Bravo, mein Herz! Ich will den Minister bitten, daß er mich zur Aufnahme ins gelbe Corps vorschlägt. Gör, Magdalene, hat Salomon nicht recht, wenn er sagt: der, welcher ein gutes Weib bekommt — oder etwas ähnliches —“

„Mir scheint, Du solltest Dich nicht auf Salomon im Punkte der Ehe berufen,“ erwiderte Frau Falk-Olsen, indem sie sich geduldig von ihrem Manne umarmen ließ. —

(Fortsetzung folgt.)

wie besjenigen, der den Absatz 2 (Ursprungszeugnisse) ganz streichen will. (Beifall links.)
Um 5 1/2 Uhr beantragt Abg. Dr. Barth (Freil. Vg.) Verlegung. Der Antrag wird von der Linken unterstützt.
Vizepräsident Wasing erklärt die Unterstützung für genügend (Abg. Singer ruft: Das war die Mehrheit!) — Die Rechte und das Centrum sind wählendbesseren im Saal sehr schwach vertreten.)
Bei der Abstimmung erheben sich Sozialdemokraten und Freisinnige für den Verlegungsantrag; da sich inzwischen die Wänke der Rechten und des Centrum stark gefüllt haben, wird der Verlegungsantrag abgelehnt.
Abg. Singer (Soz.) (zur Geschäftsordnung): Ich möchte konstatieren, daß die Abstimmung so lange gedauert hat, bis die im Saal nicht anwesenden Herren Gelegenheit hatten, die Majorität für einen Antrag zu bilden, den sie selbst gar nicht gehört hatten. (Sehr gut! links. Große Unruhe rechts.)
Vizepräsident Wasing weist den Vorwurf zurück.
Abg. Singer: Ich habe dem Präsidenten keinen Vorwurf machen wollen.

Abg. Stadthagen (Soz., mit lärmenden Zurufen auf der Rechten empfangen): Die von uns beantragte Ergänzung, daß die im Abs. 1 des § 8 vorgezeichneten Erklärungen nur eintreten dürfen, „insofern nicht Vertragsbestimmungen entgegenstehen“, ist in dem bestehenden Gesetz enthalten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)
Die Bestimmung des Abs. 2 ist ganz unbedenklich. Wenn die Rohstoffe beim Eingang nach Deutschland schiffbar werden, so schiffen sie damit weit mehr die deutsche als die ausländische Industrie. Absatz 2 bedeutet den Gipfel der Schiffahrt, der überhaupt erklommen werden kann. Man verweist auf ähnliche Bestimmungen im Auslande. Warum wollen Sie immer nur das Schlechte aus dem Auslande nachahmen? Ich bitte Sie, diesen Absatz abzulehnen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Hierauf wird ein Verlegungsantrag Dr. Spahn (Centr.) und b. Rormann (konf.) angenommen.
Präs. Graf Ballestrem beräumt die nächste Sitzung auf Mittwoch 12 Uhr an mit der Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Verlegung.

Abg. Singer (Soz.) schlägt vor, am Mittwoch Schwerinstag abzuschließen. Seit langer Zeit werden Initiativanträge auf dem Hause sehr steifmützlich behandelt. Für den Fall, daß der Herr Präsident nicht die Absicht hat, meiner Anregung zu folgen, bitte ich einen Beschluß des Hauses darüber herbeizuführen. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Dr. Bachem (Centr.): Am Interesse der Erledigung der für den Zolltarif eingegangenen Petitionen liegt der Vorbehalt des Herrn Präsidenten. (Beifall im Centrum und rechts, Lachen links.)

Abg. Singer (Soz.): Herr Bachem vergaß zu erwähnen, daß eine Petition mit 3 1/2 Millionen Unterschriften nicht vielen anderen uns anfordert, den Zolltarif in den Papierford zu werfen. (Sehr richtig! links.) Wir haben übrigens nichts dagegen, wenn der Herr Präsident außer dem Initiativantrag, der an der Reihe ist, auch Petitionen auf die Tagesordnung setzt. Das wäre eine bessere Wahrung des Petitionsrechtes, als wie sie Herr Bachem will. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Heine (Soz.): Ich erinnere Herrn Bachem, welcher dagegen gesprochen hat, daran, daß wir die Beratung einer sehr wichtigen Petition über das Vereinsrecht der Frauen mitten drin abgebrochen haben, um mit dem Zolltarif zu beginnen. Mein Freund Singer wird sicher damit einverstanden sein, wenn wir morgen über diese Petition weiter diskutieren.

Abg. Singer (Soz.): Ich kann mich diesem Vorschlag nur anschließen und beantrage, um Herrn Bachem entgegenzukommen, morgen außerdem die Petitionen zum Zolltarif auf die Tagesordnung zu setzen. Auf die verhärteten Gemüter der Centrumsmajorität werde es doch vielleicht Eindruck machen, wenn sie sehen, daß sich so viele Petitionen gegen und nur so wenige für den Zolltarif ausbreiten. Wogegen ich mich verwahre, ist, daß wir hier außer dem Zolltarif alles streken und liegen lassen. Wir sind doch hier nicht zu einer Zolltarifrevision zusammenberufen. Der Reichstag kann jederzeit andere Beratungsgegenstände einschicken, wenn er dies für richtig hält. Ich bin nicht so weit, zu beweisen Sie von neuem, daß Sie nichts anderes wollen, als die materiellen Interessen einer kleinen Minderheit im Saale zu fördern. (Sehr gut! links. Großer Lärm rechts und im Centrum.)

Abg. Dr. Bachem (Centr.): Die Beratung der Initiativanträge liegt auch im Interesse der Mehrheitsparteien, denn ehe nicht die sämtlichen bei diesem langen Session eingebrachten Anträge erledigt sind, kann ja der Antrag Wählrecht (Wahl rechts und im Centrum) ohne einen Vorbehalt der Geschäftsordnung (Großer Lärm rechts und im Centrum) nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden. (Sehr gut! links. Wiederholter Lärm rechts und im Centrum.) Abg. v. Kardorff (Rp.) gestikuliert heftig mit den Händen und giebt unartikulierte Laute von sich.)

Abg. Dr. Bachem (Centr.): Wenn die Linke die Zahl der namentlichen Abstimmungen auf das gewöhnliche Maß beschränken würde, wäre Zeit genug zur Erledigung der Initiativanträge vorhanden. (Sehr gut! rechts und im Centrum.)

Abg. Singer (Soz.): Auf den Vorschlag des Herrn Bachem können wir nicht eingehen. (Heiterkeit.) Abgesehen davon, daß wir unsere Anträge auf namentliche Abstimmung nur nach sachlichen Erwägungen stellen (Wahl rechts: Wahl in Hamburg!), würde der Bachemische Vorschlag dem Gehalt meiner Freunde schon deshalb widersprechen, weil wir für Substanz nicht geeignet sind. (Lärm rechts. Lebhafter Beifall links.)

Präs. Graf Ballestrem: Nicht ohne Grund hat der Verfasser der Geschäftsordnung hierin die Regel: „in der Regel“ findet in jeder Woche ein Schwerinstag statt, d. h. wenn nicht andere wichtige Geschäfte vorliegen. (Bravo! rechts und im Centrum.) Gegen meinen Vorschlag ist Widerspruch erhoben, ich lasse also das Haus entscheiden.

Der Antrag Singer wird gegen die Stimmen der gesamten Linken abgelehnt. Es bleibt also beim Vorschlag des Präsidenten. Schluß 6 1/2 Uhr.

Bauschwindel und Häußerjährrerei.

Obwohl wir erst vor einiger Zeit unter dem Titel „Bauschwindel“ träge Mischlinge an das Tageslicht förderten, haben wir bereits heute wieder Veranlassung, uns mit dem Geschäftsgehabenen der „festen“ und „soliden“ Baufirma Meyer Oppenheimer in Hannover und deren Zerschämmer zu beschäftigen.

Durch Wochen zog sich vor dem Magdeburger Gewerbegericht die Klage der Maurer August Eichner um 91,92 Mark, Karl Bedau um 94,92 Mark, Albert Bedau um 95 Mark, Ernst Braune um 94,92 Mark, August Hildebrand um 94,92 Mark als anteilige Lohnforderung für Mauer- und Zimmerarbeiten am Hause Wolfenbüttelestraße 31 Eichner und Genossen haben angehängt:

13 1/2 Quadratrunder Fassadenputz (à 27 Mark) 466,50 Mark
35 „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ 282,50 Mark
in Summa 749,00 Mark
Darauf sind abzüglich gezahlt 347,70 Mark

so daß ein Rest verbleibt von 401,30 Mark.
Hieron hat der Arbeiter Bedau zu erhalten 95 Mark und restieren alsdann noch 379,30 Mark, welche pro Maurer eine Forderung von 94,92 Mark ergeben.

„Bauherr“ ist der Maurer Emil Meinede, und hat sich die „feste“ und „solide“ Firma Meyer Oppenheimer, mit der ja Herr Stadtrat Kaiser in Verhinderung verbunden ist, durch die bekannten Schenkungsurteile gebildet, um gegenüber Leuten und Einzelnen den Einwand erheben zu können, daß ein „unabhängiges“

Wankhaus aus Hannover seinen Bau auf eigene Rechnung betreiben läßt.

Zum Glück für die Arbeiter ließ sich der Vorsitzende des Gewerbegerichts, Herr Stadtrat Kaiser, nicht durch diese Scheinverträge blenden und verfolgte die gesamten Geschäftskünfte des „Wankhauses“ mit anerkenntlicher Sorgfalt und Gründlichkeit. Die Ergebnisse dieser Untersuchung sind einfach vernichtend für das hier geübte Geschäftsgehabene der genannten Firma. Aus diesem Grunde war das energische Eingreifen seitens des Vorsitzenden des Gewerbegerichts im Interesse der durch die Manipulationen der Firma geschädigten Arbeiter geboten.

Die klagliche Rolle, die der „Bauherr“ Emil Meinede aus Bennedenbeck vor Gericht spielte, soll in erster Linie gekennzeichnet werden. Ein Habenicht, welcher ganze 200 Mark jein eigen nennt, verpöhl sich plötzlich in sich etwas „Bauherrn“-Talant. Als hilfsvoller Mensch erscheint zur gleichen Zeit der frühere Ziegeleibesitzer Mose, Groß-Otterleben, auf der Wühlfläche und vermittelt (natürlich gegen 1 Prozent Provision), den Bauplatz, der vordem dieser Spekulationsfirma gehörte.

Zum Ueberfluß geht die Coulang des Wankhauses noch so weit, daß dem „Bauherrn“ auch die Baugelder zugesichert werden. Der Kernpunkt bei derartigen „soliden“ Geschäften liegt jedoch darin, daß nicht etwa die unbedingt erforderlichen Bauplatzkapitalien gewährt werden, welche der hiesige Vertreter der Firma Meyer Oppenheimer selbst an Gerichtsstelle auf mindestens 1500 Mark pro Quadratmeter anzieht, sondern das Wankhaus gewährt pro Quadratmeter nur 100 Mark Kapital. Wir selbst möchten das erforderliche Bankkapital — je nach der Bauausführung, — pro Quadratmeter auf 180—200 Mark normieren. Der hiesige Platzvertreter des „Wankhauses“, Herr Banquier Rofe, war sogar so großmütig, vor dem Gewerbegericht zu erklären, daß in Hannover nur 70 Mark Bankkapital pro Quadratmeter gezahlt werden. Daß unter diesen Umständen die Firma Oppenheimer bei den hannoverschen Gewerbetreibenden auf allzu großes Entgegenkommen nicht mehr zu rechnen hatte und sie deshalb genötigt war, ihr Operationsfeld nach Magdeburg oder einer anderen Stadt zu verlegen, ist erklärlich. Der hiesige Platzvertreter, Herr Banquier Rofe, hat auch niemals vernein, nebenher dem „Bauherrn“ zu sagen: „Sie müssen mit den Baugeldern auskommen!“

Durch eidliche Aussagen von Zeugen steht fest, daß derselbe Vertreter des „Bauherrn“ den Mat erteilt hat, daß derselbe mit den zur Auszahlung kommenden Baugeldern nur die noch fehlenden Materialien und Arbeiten beschaffen und nicht so dumm sein sollte, den ersten Lieferanten Zahlungen zu machen. Es ist ferner gerichtlich und eidlich festgestellt, daß der Vertreter der Firma, Herr Rofe, die Klusstellung von Wechseln angeraten hat, die man ja eventuell nicht einzulösen braucht.

Merkwürdig ist dabei nur, daß die beteiligten „Bauherrn“ sich nicht mehr recht der Worte erinnern können, was sich wohl aus der Abhängigkeit, in der sie sich zum Geld spendenden Wankhause befinden, erklärt.

Die leitenden Personen der Baufirma Oppenheimer sind auch sehr vorsichtige Kaufleute; denn diese Herren forderten sogar über ihre „Bauherrn“ Kreditauskünfte ein, damit denselben nicht etwa der Vortour der Leichtfertigkeit vom Gericht gemacht werden könnte. Immerhin mußte es recht befremden, daß der Banquier Rofe es nicht gerade hübsch fand, die gewünschte Auskunft und den Namen der Auskunftgeber dem Gerichte bekannt zu geben. Das freundliche Anerbieten einer Kopie der Auskunft — ohne Angabe des Auskunftgebers — lehnte der Herr Vorsitzende des Gewerbegerichts aus guten Gründen ab, denn eine solche Kopie ist absolut wertlos. — Der „Bauherr“ Meinede ist nach seinem Auftreten vor Gericht das Urbild eines kurzfristigen und beschränkten Menschen; denn derselbe kannte weder genau die Summe der erhaltenen Baugelder, noch wußte er die von ihm und dem Polier Heinemann gemeinsam vermessenen Puffflächen der Hoffseiten anzugeben. Ueberhaupt machte der „Bauherr“ ganz den Eindruck eines unfähigen Menschen, der der ihm gestellten Aufgabe keineswegs gewachsen war; was auch durch Zeugenaussagen bestätigt wurde.

Werkenswert ist ferner noch, daß der ehemalige Ziegeleibesitzer und „Bauherr“ Mose senior vor Gericht erklärte: „Reiche Leute bauen nicht!“

In diesen kurzen Worten ist treffend faßt die gesamte Klasse der „modernen Bauherren“ illustriert, denn fast alle „Bauherrn“ besitzen wenig oder gar kein Vermögen. Mit solchen „Bauherrn“ zu arbeiten muß eben für ein Wankhaus ein ganz besonderes Vergnügen sein. Der beachtliche Erfolg ist auf jeden Fall vorhanden. Zu erstem Breiten wird der Grundbesitz an den Mann gebracht und die hilfsvollen Herren von der Firma Meyer Oppenheimer, Hannover, kümmern sich nachher den Teufel darum, ob Arbeiter, Maurer, Handwerker und Lieferanten später ihr Geld erhalten oder nicht.

Für unsere hiesige Baubankverwaltung und deren strebsame Kamme bietet sich hier ein überaus dankbares Arbeitsfeld, auf das wir im Interesse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung hinwirken möchten. Nachdem das hiesige Gewerbegericht in dankenswerter Weise dem hierorts vorhandenen und bereits üppig ins Kraut gewachsenen Bauschwindel energisch zu Leibe gegangen ist, wird es Sache der künftigen hiesigen Behörde sein, dafür Sorge zu tragen, daß nur solchen Bauherren eine Bauerlaubnis erteilt wird, die sich über ausreichende Baugelder ausweisen können. Eine allgemeine Geländung der durch den Bauschwindel tief erschütterten Kreditverhältnisse in Magdeburg würde die notwendige Folge hieron sein. — Die beklagte Firma wurde zur Zahlung des Klageausgangs gemäß verurteilt. Eine weitere gegen die Firma anhängig gemachte Klage wird voraussichtlich denselben Ausgang nehmen.

Magdeburger Angelegenheiten.
Magdeburg, den 12. November 1902.

W Eine verständige Polizeiverordnung. Die hiesige Bauverwaltung von Magdeburg hatte der Firma Carre Smitth u. Co. zu Magdeburg-Buckau im vorigen Jahre durch Verfügung aufgegeben, die auf ihrem Fabrikgrundstück Freizeitraße 37 vorhandenen Abtrittsanlagen

zu beseitigen und Wasserlosetts, die mit der städtischen Kanalisation zu verbinden seien, anzulegen. Die Verfügung war das Ergebnis einer polizeilichen Revision der Fabrik. Die Firmeninhaber beschwerten sich vergeblich beim Regierungspräsidenten und beim Ober-Präsidenten zu Magdeburg.

Letzterer betonte in seinem Bescheide, die Verfügung habe ihre Grundlage in der für Magdeburg am 26. August 1899 erlassenen Polizei-Verordnung, betreffend die Entwässerung der Grundstücke in die städtischen Kanäle. Auf dieser, im Gesundheitsinteresse erlassenen Verordnung müsse die Polizei verlangen, daß die Abtritte beseitigt würden. Einen Dispens könne nur der Bezirksausschuß erteilen. Die Behauptung der Gesellschaft, die Anschließung von Wasserlosetts in ihrem Betriebe an den städtischen Kanal sei technisch unmöglich, treffe nicht zu.

Die Gesellschaft klagte nun noch beim Ober-Verwaltungsgericht, sie wurde aber natürlich auch hier abgewiesen. Den Wert des Streitgegenstandes setzte das Gericht auf 6000 Mark fest, woraus hervorgeht, daß es die Kosten der verlangten Anlage so hoch berechnete. — Bemerkenswert ist, daß die Firma sich von der Erfüllung der notwendigen sanitären Maßnahmen durchaus befreien wollte. Unter diesen Umständen wird es in den weitesten Kreisen keineswegs Mitleid erregen, daß die Firma nicht unerhebliche Gerichtskosten zu tragen hat.

— Aus dem Bureau des Stadt-Theaters erhalten wir folgende Ansicht: Am allgemeinen Bühn- und Bettage wird Meister Verbis großes Requiem zur Aufführung kommen. Unseren Schauspielfreunden wird die Nachricht gewiß willkommen sein, daß Schillers bedeutendstes Bühnenwerk, die gewaltige Wollenstein-Trilogie, in Vorbereitung genommen ist. In der morgigen Aufführung von „Mignon“ singt Frau v. Tergow die Titelpartie. Die übrige Besetzung ist unverändert. Am Freitag geht zum 4. Male „Das große Licht“, am Sonnabend zum 6. Male „Im bunten Rod“ in Scene.

— Das Uebel-Quartett, welches am Dienstagabend zum ersten Male im „Walfiska-Theater“ auftrat, errang sich einen durchschlagenden Erfolg. Seit den Tagen des Schachmatt-Männer-Quartetts haben wir ein so harmonisch abgestimmtes, mit so vorzüglichem Stimmmaterial versehenes Quartett in Magdeburg noch nicht wieder gehört. Zum Vortrag kamen: „Mordens Liebesfest“, komisches Quartett von Charles Bernoh, „Der Gnuagame“ von Victor Keldorfer, alsdann eine heitere Parodie aus dem „Zweischuß“, dem sich als Einlage eine musikalische Damen-Unterhaltung, die viel Heiterkeit erregte, anschloß. Allen Freunden eines künstlerischen Quartett-Gefanges können wir nur empfehlen, dem Musiktempel in der Apfelstraße jetzt einen Besuch abzustatten. Daß auch die übrigen Kräfte volle Würdigung verdienen, versteht sich von selbst.

— Ueber Reform in Haushalt und der Kamille spricht am Donnerstag, den 13. d. M., abends 8 Uhr, im „Wilhelmstädter Gesellschaftshaus“, Schrotestraße, Herr Lehrer C. Schönborn auf Veranstaltung des Naturheilvereins Magdeburg-Wilhelmstadt. Redner ist auf dem Gebiete der Hygiene als Schriftsteller und Redner mit Erfolg tätig. Entree wird nicht erhoben.

Provinz und Umgegend.

Groß-Otterleben, 11. November. (Eine Mitglieder-Versammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins, wird am 15. November abgehalten werden. Der wichtigen Tagesordnung halber ist das Erscheinen sämtlicher Genossen notwendig.)

Beserthäuser, 11. November. (Zur Lokalfrage.) Herr Köber hat sein Gasthaus jetzt verkauft. Natürlich werden die Arbeiter nicht eher das Lokal besuchen, als ihnen der neue Inhaber zugesagt hat, daß sein Saal zu gewerkschaftlichen und politischen Versammlungen zur Verfügung steht.

Burg, 12. November. (Die Wahlen der Vertreter zur General-Versammlung der Allgemeinen Ortskrankenkasse finden am Freitag, den 14. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im oberen Saale des „Konzerthauses“ statt. Es ist Pflicht aller organisierten Arbeiter, welche Mitglieder der Kasse sind, sich zahlreich an der Wahl zu beteiligen, damit die Arbeitererschaft denjenigen Einfluß auf die Verwaltung und den inneren Ausbau der Kasse gewinnt, welcher im Interesse der Allgemeinheit notwendig ist.)

Salberstadt, 10. November. (Das hiesige Gewerkschaftskartell hielt am 30. v. M. in der „Münchener Bierhalle“ eine schwach besuchte Sitzung ab. Es fehlten von den Barbieren, Buchdruckern, Dachdeckern, Lithographen, Metallarbeitern, Steinlegern, Tabakarbeitern, Tapezieren und Zimmerern je zwei Delegierte, von den Bräuern, Bauarbeitern, Böttchern, Lederarbeitern, Malern, Maurern, den Fabrik-, Land- und Hilfsarbeitern und Steinbruckern je ein Delegierter teils mit, teils ohne Entschuldigung. Der Vorstand sah sich veranlaßt, wegen des fortwährenden unentschuldigtem Ausbleibens des bisherigen ersten Schriftführers den zweiten mit dem Amte des ersten zu betrauen. Als zweiter Schriftführer wurde Genosse Köhlig gewählt. Eine Erklärung, welche von dem Vorstände des Brauerverbandes eingegangen war, schilderte den Erfolg des Boykotts, welchen die Brauereiarbeiter über die Kulmbacher Bierbrauereien verhängt hatten. Hierauf erstattete Genosse Hedeel als Verwalter der Kartellstelle für gewerbliche Streitigkeiten Bericht über vier Fälle, welche ihm unterbreitet worden waren, desgleichen wurde zur Zufriedenheit der Interessenten Rat und Hilfe erteilt. Darauf wandte sich Berichterstatter gegen das System einiger Versicherungs-Gesellschaften, aus welchem auch die erwähnten Fälle entstanden waren. Dieser Kritik wurde allgemein von der Versammlung zugestimmt. Sehr zu wünschen wäre, daß die nächste Sitzung einen besseren Besuch aufweisen würde, der Zeugnis von dem regen Leben der hiesigen Gewerkschaften ablegen könnte.)

Merseburg, 11. November. (Ein künstlerisches Plagiat?) Professor Hugo Vogel-Berlin, Mitglied der Akademie der Künste und mit der großen goldenen Medaille ausgezeichnet, hat für das Ständehaus in Merseburg ein Bild „Die fleigreiche Germania“ gemalt. Die Münchener Zeitschrift „Werkstatt der Kunst“ veröffentlicht dieses Bild. Daneben stellt sie das Bild der Statue von Paul Dubois „Johanna von Orleans“. Die Statue ist älter und das Vogelische Bild wäre geradezu eine Kopie, wenn er feiner

Germantia nicht statt des Schwertes eine Fahne und lange Haare gegeben hätte. Die Figur Dubois ist bekannt, insbesondere ist der schwärmerische Augenausschlag seiner Johanna berühmt geworden. Vogel hat ihn verwendet; das Pferd, auf dem Johanna sitzt, ist geradezu in allen Einzelheiten nachgebildet. Man muß erwarten, daß sich Herr Vogel hierzu erklärt.

† **Stassfurt, 11. November.** (Der Konsumvereine) Stassfurt und Umgegend hat vorläufig eine Brotverkaufsstelle in dem Hause Friedrichstraße 47 eingerichtet. Nachdem die gerichtliche Eintragung in das Genossenschaftsregister stattgefunden hat, nimmt die Mitgliederzahl des Vereins beständig zu.

† **Stassfurt, 11. November.** (Die Regieschlachtungen) der städtischen Verwaltung sind eingestellt.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Ein Akt von rohem Vandalismus wurde in der Nacht zum Montag in Potsdam verübt. Junge Leute, welche anscheinend den „gebildeten“ Ständen angehören und mit dem letzten Nachtzug aus Berlin in animierter Stimmung heimkehrten, warfen in den Hauptstraßen der Stadt mit Faustgroschen eine Anzahl großer Schaufensterscheiben ein oder zertrümmerten dieselben mit Steinen, wodurch sie einen Schaden von circa 2000 Mark anrichteten. — Drei Menschen sind in Mebra beim Ueberfahren über die Luftbrücke ertrunken. — Der Vergemann Menzies aus Groß-Polch wurde beim Fördern von einem sich lösenden Stiel Salz erschlagen. Er war 52 Jahre alt und verheiratet. — In einer Gastwirtschaft in Koburg geriet gestern Abend dem Piegelerarbeiter Groch aus Seidmannsdorf ein Wissen Pfeifeleisch, den ihn ein Kollege gegeben, in die Brusthöhle und führte den Erstidungsstod des Bedauernswerten herbei, bevor ein eiligst herbeigeholter Arzt Hilfe bringen konnte. — Der Arbeiter Neuz aus Trebitz wurde von einem Monteur, als er mit ihm aus dem Eisenbahngang in Preßsch ausstieg, am Hals gewürgt und, da er sich wehren wollte, niedergeschossen. Der Monteur, in dessen Visir man noch den mit fünf scharfen Patronen geladenen Revolver, zehn lose scharfe Patronen, einen Dolch und mehrere Dietriche fand, ist dem Amtsgericht Kemberg zugeführt worden. Der Verwundete schwimmt in Lebensgefahr. Beide hatten früher in einer Gasanstalt in Preßsch zusammen gearbeitet. — Am Abend des 6. November ist in dem hell erleuchteten Laden des Kaufmanns Albrecht in Freyburg a. N. die Ladentafel geplündert worden, ohne daß der Dieb bemerkt worden wäre. — In Untergreisau bei Weissenfels brach am Abend des 9. November im Gasthof „Zur Weintraube“ Feuer aus, bei welchem eine Scheune und ein sich anschließendes Seitengebäude ein Raub der Flammen wurden. Durch schnell herbeigekommene Spritzen wurde das Feuer bald gedämpft. — Kurz am Ausgang des Dorfes Gröblich schenkte die Pferde des Landwirts Freitag; als seine Frau deshalb abzuspringen versuchte, fiel sie zu Boden und erlitt so schwere Verletzungen, daß die kaum 41 Jahre alte Frau nach wenigen Stunden ihren Geist aufgab.

Bereine und Versammlungen.

Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter.
Eine gut besuchte Mitgliederversammlung des Central-Verbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands, Bahnhöfe Magdeburg, tagte am Sonnabend, den 8. November, im „Viltgerhaus“. Das Andenken unseres verstorbenen Kollegen Ernst Nehle, des Mitbegründers unserer Organisation, wurde in der üblichen Form geehrt. Zunächst hielt Stadtverordneter Richard Nitsch einen sehr lehrreichen Vortrag über das Unfall-Versicherungsgesetz. Er schilderte an der Hand sehr zahlreicher Beispiele die Entwicklungsgeschichte des jetzt in Kraft befindlichen Unfall-Versicherungsgesetzes. Neben den goldenen Dabeist, welchen Deutschland auf der Pariser Weltausstellung ausgestellt hatte und der die für Kranke, Hinterbliebene und Invaliden Deutschlands auf Grund der Arbeiter-Versicherungsgesetze ausbezahlte Summe darstellte, hätte man ein Tablett

stellen sollen, auf welchem die Beiträge der Unternehmer und die der Arbeiter gelegt waren, dann hätte die große Kellere Deutschlands Gesezes wäre es für die Arbeiter möglich, in den höchsten Instanzen hollen. Eine sehr lebhaft Diskussion schloß sich dem Vortrage an. Betreffs der Verhandlungsangelegenheiten wurde beschlossen, wie üblich, auch im nächsten Jahre im Januar das Stützfest zu feiern. Ferner wurde auf die Vertreterwahl der Kaufm. Ortskrankenkasse, sowie aufnahm die Verammlung Kenntnis von der Entlassung unserer beiden Kollegen R. und E. bei der Firma F. W. Abel, Kaiserstraße, welche 21 bzw. 17 Jahre dort in Stellung waren. Verschiedene Firmen, deren geringe Lohnsätze die Kollegen zu Spitzhüben erzogen, werden bekannt gegeben. Zum Schluß werden noch von den Kartellbelegierten einige Beschlüsse des Gewerkschaftskartells zur Kenntnis gebracht.

Bezirksstag der Krankenkassenbeamten.

Am Sonntag, den 9. November, fand im „Luisenpark“ der Bezirksstag des Verbandes der Verwaltungsbeamten der Ortskrankenkassen Deutschlands — Bezirksgruppe Provinz Sachsen und Herzogtum Anhalt — statt. Der Bezirksgruppen-Vorsitzende, Kollege Wendlandt, hieß alle Kollegen und die als Gäste anwesenden Vorstandsmitglieder einiger hiesiger Ortskrankenkassen herzlich willkommen. Nachdem der Verbands-Vorsitzende, Kollege Giesel, Magdeburg, einen umfangreichen Bericht vom 5. Verbandstage zu Hannover gegeben hatte, wurden folgende Resolutionen einstimmig angenommen:

1. Die heutige im „Luisenpark“ tagende Bezirksversammlung der Provinz Sachsen und Herzogtum Anhalt des Verbandes der Verwaltungsbeamten der Krankenkassen beauftragt den auf dem Verbandstage in Hannover abgeleiteten Anhalt an die General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands; sie erwartet dagegen von der Reorganisation des Verbandsvorstandes, daß der Verband sich um so mehr seiner gewerkschaftlichen Pflichten annimmt, als nur durch den Anhalt an die Arbeiterbewegung, soweit sie in den Krankenkassen ihren Ausdruck findet, nicht nur das Selbstverwaltungsrecht der Krankenkassen gewahrt bleiben kann, sondern, daß auch nur unter diesem Selbstverwaltungsrecht die Rechte der Kassenbeamten erfüllt werden können. Die Bezirksversammlung spricht weiter ihre Hoffnung aus, daß die Kassenbeamten ihrer Pflicht den Krankenkassen gegenüber dadurch genügen werden, daß sie die Bestrebungen der Krankenkassen auf Erhaltung des Selbstverwaltungsrechts und auf Ausbau der Arbeiterbewegung in materieller und sozialpolitischer Beziehung unterstützen werden.

2. In Anbetracht des Umstandes, daß der Anhalt unseres Verbandes an die General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands nicht beschloffen wurde, was seitens des heutigen Bezirksstages lebhaft bedauert wird, empfiehlt die Bezirksgruppe den Kollegen, an Orten, wo sich ein Kartell der Gewerkschaften befindet, diesen Anhalt zu suchen.

Der Kollege Wendlandt-Magdeburg wird weiter mit den Geschäften eines Bezirksgruppen-Vorsitzenden betraut und an Stelle des Bezirksgruppen-Schriftführers Giesel wird als solcher Kollege Schweitzer-Magdeburg gewählt.

Hierauf wurde ein Vortrag des Kollegen Wendlandt über Zweck der Krankenkassenkontrolle und Aufgaben der Krankenkassenkontrolle mit großer Aufmerksamkeit entgegen genommen. Die im Referat besonders wichtigen Stellen verursachten eine ziemlich ausgedehnte Debatte.

Außerdem wurde als Ort des nächsten Bezirksstages Bernburg bestimmt. Nachdem der Vorsitzende noch zur regen Agitation für unseren Verband aufgefordert, wurde der in jeder Beziehung würdig verlaufene Bezirksstag geschlossen.

Schuhmacher-Ortskrankenkasse.

Die zum Montag Abend nach dem „Dreikaiserbund“ einberufene Versammlung war wiederum stark besucht. Auch die Herren Innungsmeister, die an demselben Abend noch einen Ball hatten, waren in großer Toilette erschienen. Zu Vorstandsmitgliedern wurden gewählt die Herren S. Stegmann und F. Gebbensleben als Arbeitgeber und K. Golke als Arbeitnehmer. Eine lebhaft Diskussion entspann sich beim Punkt: Wahl des Kassenboten.

Der Vorsitzende begründete die Notwendigkeit dieser Veränderung, da bei den jetzigen Verhältnissen an ein ersprießliches Zusammenarbeiten nicht mehr gedacht werden könne. Herr G e

ling verteilte die Handlungsweise des Kassenboten und stellte den Antrag auf Vertagung. Herr W. Meher bekämpfte den Antrag. Die Abstimmung ergab 208 Stimmen, die sich für, und 189 Stimmen, die sich gegen die Beibehaltung des Kassenboten aussprachen. Durch namentliche Abstimmung wurde ein Antrag angenommen, wonach der Kassenbote verpflichtet wird, den Anordnungen des Vorstandes und des Mandanten Folge zu leisten. Nachdem noch bekannt gegeben, daß die Beschwerde des Herrn Müller von der Aufsichtsbehörde als unbegründet zurückgewiesen und eine Resolution angenommen war, die dem bisherigen Vorstand das vollste Vertrauen ausspricht, wurde die Versammlung um 1 Uhr nachts geschlossen, als freilich die vergnügten Unternehmer schon lange beim Tanze selig schweigten.

Marktberichte.

Magdeburg, 11. November. Weizen träge. Schirff und Sommerweizen 144—148, Raufweizen 146—149 je nach Lage der Station bezahlt. Roggen matt, trockener 138—140 je nach Lage der Station bezahlt, abfallende Sorten in beiden Urteilen schwer verkäuflich. Hafer fest, inländischer 144—150, ausländischer 140—145 franko hier bezahlt. Gerste, Brauware unverändert, Landgerste und geringe Chevaliers 140—145, bessere Chevaliers 150—160 ab Station, feinste über Notiz gesucht. Erbsen stetig, Viktoria 185—212, grüne Folger 200—230 ab Station gefordert. Mais stramm, Mizeb fehlt, Rundmais 134—135 ab hier bezahlt.

Viehmarkt.

Magdeburg, 11. Novbr. (Städtischer Schlacht- und Viehhof.) Auftrieb 157 Rinder, 229 Kälber, 68 Schafvieh etc., 945 Schweine. Bezahlt für 100 Pfd. Lebendgewicht: Ochsen: a) vollfleischige 37—39 Mark, b) junge fleischige und ältere ausgemästete 34—36 Mark, c) mäßig genährte junge und ältere 31—33 Mark, d) gering genährte jeden Alters 29—30 Mark. Kühen: a) vollfleischige, ausgemästete bis zu 5 Jahren 34—35, b) vollfleischige jüngere 32—33, c) mäßig genährte jüngere und ältere 30—31 Mark, d) gering genährte jüngere und ältere 27—29 Mark. Färjen und Kälber: a) vollfleischige, ausgemästete Färjen höchsten Schlachtwertes — Mark, b) vollfleischige Kälber bis zu 7 Jahren 31—32 Mark, c) ältere ausgemästete Kälber und wenig gut entwickelte jüngere Kälber und Färjen 28—30 Mark, d) mäßig genährte Kälber und Färjen 25—27 Mark, e) gering genährte Kälber und Färjen 21—24 Mark. Kälber: a) fleischige Mast 46—50 Mark, b) mittlere 40—45 Mark, c) geringe Saugkälber 32—39 Mark, d) ältere, gering genährte — Mark. Schafe: a) Mastlamm und jüngere Mastlamm 32—33 Mark, b) ältere Mastlamm 28—31 Mark, c) mäßig genährte 22—27 Mark, d) gering entwickelte 19—20 Mark, e) Sauen und Eber 50 bis 60 Mark bei 40—50 Pfd. bei 40—50 Pfd. das Stiel, schwere Schweine mit höherer Tara, Sauen und Eber mit 20 Prozent Tara. Verkauf und Tendenz: mittelm. Ueberstand: 25 Rinder, — Kälber, 12 Schafe, 35 Schweine.

Wasserstände.

		+ bedeutet über — unter Null.	
		Stbr.	
Vardubitz	9. Nov.	— 0.20	10. Nov. — 0.12
Brandis	„	— 0.30	„ — 0.29
Melmitz	„	— 0.61	„ — 0.61
Leitmeritz	„	— 0.58	„ — 0.57
Mußitz	10.	— 0.37	11. — 0.35
Dresden	„	— 1.66	„ — 1.60
Torgau	„	+ 0.13	„ + 0.09
Wittenberg	„	+ 0.94	„ + 0.94
Hohlau	„	+ 0.39	„ + 0.38
Barby	„	+ 0.62	„ + 0.62
Schönebeck	„	+ 0.43	„ + 0.42
Magdeburg	11.	+ 0.79	12. + 0.80
Zaungersdorf	10.	+ 1.24	11. + 1.16
Wittenberge	„	+ 1.03	„ + 1.00
Dömitz, Pegel	„	+ 0.48	„ + 0.47
Lauenburg	„	+ 0.60	„ + 0.58

Halberstadt

Mehrere 1000 Meter Kleiderstoffe

verkauft heute beginnend

Blusenstoffe

baumwollener Flanell in schönen Streifen

Meter **40** Pfennig

Cirka 110 cm

Zibeline

schwere Qualität

Meter **85** Pfennig

Koppes

in englischen Genres, doppelt breit

Meter **80** Pfennig

Ein großer Posten reinwollener Cheviots in allen Farben, gute Qualität Meter **75** Pfennig

Warenhaus Willy Cohn

Amtl. Verkaufsstelle für Postwertzeichen

Der Briefkasten befindet sich an der Hauptkasse

Warenhaus S. Pincus

Kaiserstrasse 20.

Am 12. November a. c. Eröffnung der diesjährigen

Spielwaren-Ausstellung

Kolossale Auswahl • Neuheiten • Auffallend billige Preise.

Sehr grosse Auswahl in

Gekleideten und ungekleideten Puppen, gestrickten und Gummi-Puppen, Puppenbälgen in Stoff und Leder in allen Grössen, Puppenköpfen in Pappmaché, Bisquit, Porzellan, Metall und Gummi, Puppen-Armen und -Beinen, Puppen-Schuhen und -Strümpfen, Puppen-Perücken.

Achtung!
Ca. 3300 Paar gebiegener
Schuhwaren

als:
Herren-, Damen-, Kinder- und
Baby-Schuhe u. Pantoffeln
sollen sofort spottbillig ver-
kauft werden.
Herrenschuhe von 3.75 M. an
Damenstiefel von 2.00 M. an
Schaffstiefel von 5.00 M. an
Herrenpantoffeln v. 40 Pf. an
Einzel-Verkauf
nur so lange der Vorrat reicht.

Willy Grude jr.
5 Johannisbergstr. 5
Sof. reich 345
— am Süher-Denkmal —
Kein Laden!

Puppen-Perücken
werden angefertigt 323
O. Domnick, Kunst-, Ritterstr. 1b.
Auch w. ausgeführtes Haar gekauft.

Olvenstedt.
Eine noch neue Strick-Maschine
zu verkaufen 342
Ebenborferstrasse 257c.

Stahlfedern empf. Buchhandl.
Vollstimme.

Pflaumenmus
anerkannt beste Qualität
empfehlen M20
das Pfund zu 15 Pfennig,
extra dick eingelocht zu 20 Pfennig
bei Abnahme von 5 Pfund an

Gustav Köhler,
Pflaumenmusfabrik,
Leipzigerstr. 14.
Geöffnet von 8-1 und 2-6 Uhr.

Rüchzettel
der Magdeburger Volksküchen
Panntwache 5 und Neustadt,
Schmidtkraße 61.

Donnerstag: Linsen mit Rindfleisch.
Freitag: Kartoffelbrei mit Leber.
Sonntag: Graupensuppe mit Rind-
fleisch.

Rüchzettel des
Lehrerinnen- und Damenheims
Reneweg 1/2.

Donnerstag: Brühsuppe mit Kar-
toffeln oder gedampfte Nohl-
suppe, polnischer Hase, Rotkohl,
Salzkartoffeln.
Freitag: Brühsuppe mit Semmel-
knödeln, Mohrrüben mit Cro-
quanten oder Erbbsuppe, Ragout,
Salzkartoffeln.

Sonntag: Brühsuppe mit Nudeln,
Rindfleisch mit Käsesauce oder
saure Linsen, Rotkraut, Salz-
kartoffeln.

Dampfbäder, Packungen
Massagen etc.
Kur- und Bade-Anstalt
„Neptun“

— Alte Neustadt —
Am Weichhof Nr. 19/20, Tel.
Schützenstrasse 405

Guter
Nebenverdienst

bietet sich Herren, welche bei hoher
Kontinuitätigen Fernverrichtungen
beruhten wollen und wird gefeiert.
Adressen unter N. N. 488 an
S. S. Saube u. Co., Berlin
D. 8 abzugeben. Die

Jakobsstrasse
Ecke Gr. Marktstrasse.



Emil Falter

1213
Schirmfabrik.
Werkstatt für Reparaturen und Bezüge.
Neu aufgenommen:
Herren- und Knaben-Hüte und -Mützen.

Dr. Aumanns
süßer
Medizinal-Heidelbeerwein
ist bei Husten, Heiserkeit und Verschleimung eines der vorzüglichsten
Linderungsmittel und hat sich sowohl bei der hartnäckigen
Influenza
als auch bei vielen anderen demartigen Krankheiten als überraschend
schnell heilsam gezeigt.
99 Auszeichnungen 99.
Zu haben in sämtlichen Verkaufsstellen des Konsumvereins
Neustadt. 1245

Sanitäts-Honigkuchen,
täglich gegessen, erhält den Magen in steter Ordnung.
Man frage seinen Arzt!
H. Kräutermoppen
sowie die sehr
sehr beliebten **Spitzkugeln** (Zestchen mit Schö-
kolade überzogen) M22
stets frisch am Lager.
Pflastersteine, Pfund 40 Pfg.
Reinhold Riebel, Schmibbogen 7.
Am Alten Markt. Gegenüber der Börse.

Magdeb. Kranken-Hütervereins-Verein
(G. S. 91).
Familien-Krankenkasse. — Ehrenamtlich verwaltet.
Bureau: Grünearmstrasse 3, 1.
Aufgenommen werden Personen jeden Standes von 14 bis 60
Jahren. — Verheirateten bietet die Kasse die günstigste Gelegenheit,
sie und ihre Familien-Angehörigen in Krankheitsfällen versichern
zu können. 1208
Tüchtige Vertreter werden jederzeit angenommen.

Städtische Arbeitsnachweissstelle
Magdeburg
unentgeltlich
Kostenlose Vermittlung von männlichen und weiblichen Arbeits-
kräften, sowie feinerem Personal nach hier und auswärts.
Männliche Abteilung: Rathauskolonnen an der Johannisbergstrasse.
Weibliche Abteilung: Bei der Hauptwache Nr. 5.
Fernsprechanschluß: Rathaus Nr. 2150-2155.
Geöffnet:
Männliche Abteilung: 8-12 Uhr vorm. und 3-6 Uhr nachm.
Weibliche 10-1 4-7

W. Blankes Restaurant u. Speisehaus
Leopoldstrasse 13 (früher Kellner) 1136
Mittagstisch 35 Pfg., auch außer dem Hause.
Soufflon, Pökelfleisch, Jauersche zu jeder Tageszeit.
Heute sowie jeden
Donnerstag **Kartoffelpuffer**, auch außer
dem Hause.
Sonntag: **Prämien-Billardspiel.**
Billiges Logis zu vermieten.

Vorläufige Anzeige.
Im Luisen-Park
findet am
Sonntag, den 16. November 1902
ein
Großes Instrumental- u. Vokal-Konzert
statt, ausgeführt von der Kapelle des Herrn Kiltan
unter geschäftiger Mitwirkung der bereits rühmlichst bekannten Konzert-
sängerin Fräulein Elisabeth Dpiz-Verlin.

Sudenburg
Donnerstag
Frische Wurst
Friedr. Goosoko
Kurfürstenstrasse 9.

Ortskrankenkasse des
Stadteils Budau.
Die Vertreter der Arbeitnehmer und
Arbeitgeber werden zu der
Donnerstag, den 20. Novbr.
abends 8 1/2 Uhr
im Thalia-Restaurant, Budau,
Dorotheenstr. 14, stattfindenden
statutenmäßigen
General-Versammlung
eingeladen.

Calbe a. S.
Am Sonnabend, den 22. November,
abends 8 Uhr, findet im Saale der
„Reichskapelle“ ein
öffentlich. Anbahnungs-Vortrag
statt. Projektionsvortragender:
Herr Beiswanger aus Nürnberg.
Das Thema lautet:
Die Wunder des Ozeans und die
Entstehung der Lebewesen mit Verück-
sichtigung der Darwinischen Theorie.
Billetts zu 20 Pfg.
60 Personen sind schon vorher zu
haben bei Fr. Hölke, Schloßstrasse;
Herrn Wilmmer, Deichstrasse; Friedr.
Högel, Neustadt; Walder Hoppe,
Rosmarinstraße; Wilhelm Schuberl,
Fährweg; Karl Ritter, Fährweg;
August Schönan, Hohenborferstrasse;
Herrn Jäde, Neue Sorge, und am
Abend an der Kasse.
Es wird gebeten, das Unternehmen
zu unterstützen und sich zahlreich zu
beteiligen. Jedermann hat Zutritt.
Der Einberufer:
J. A. Fr. Hölke.

Barby.
Gasthof zur „Kanne“.
Sonntag, d. 15. November,
abends 8 Uhr, 1263
Gr. Volksversammlung.
Tagesordnung:
Die Nationalliberalen im Kampfe
um die Verteuerung der Lebens-
mittel. Referent: **Albert**
Schmidt, Magdeburg.
Genossen, zeigt durch vollzähliges
Erscheinen, wie Ihr über den
Kaisersbelleidigungs-Paragrafen
denk. Die Vertrauensperson.

Barby.
Barby.
Sonntag, d. 15. November,
abends 8 Uhr, 1263
Gr. Volksversammlung.
Tagesordnung:
Die Nationalliberalen im Kampfe
um die Verteuerung der Lebens-
mittel. Referent: **Albert**
Schmidt, Magdeburg.
Genossen, zeigt durch vollzähliges
Erscheinen, wie Ihr über den
Kaisersbelleidigungs-Paragrafen
denk. Die Vertrauensperson.

Stadt-Theater.
Donnerstag, den 13. November 1902.
Rigou.

Walhalla
Udel-Quartett
unter persönlicher Leitung des
Herrn
Professor Udel
Vorverkauf befindet sich in
der Buch-, Kunst- u. Musikalien-
handl. von Heinrichshafen.
Preise wie bekannt.

Cirkus.
Täglich abends 8 Uhr
Gustav Kluck's
Erste Magdeburger
Volksfänger-Gesellschaft.
Das Sensations-Programm
kommt nur noch bis Freitag zur
Ausführung.
Sonntag vollständig neues
Programm.
Vorzugskarten gültig. 254

Dankfagung.
Für die übergroße Teilnahme,
welche uns bei dem Begräbnis
unseres teuren Entschlafenen, dem
Schlossier
August Dietloff
zu teil wurde, sagen wir hierdurch
allen unseren tiefgefühlten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Staudesant.
Magdeburg, 11. November.
Aufgebote: Postassistent Ernst
Willy Schinkel mit Anna Ida
Prösdel in Gommern. Postassistent
Arnold Heller hier mit Anna Luise
Buch in Gr.-Salze. Schlossier Herrm.
Heinrich in Budau mit Luise Dae-
gelow in Fernerleben. Kutscher
Johannes Barnowski in Neustadt
mit Franziska Michalek hier. Woll-
tereiverw. Emil Hugo Herrm. Wusch
mit Anna Kettenhaus in Mader.
Arbeiter Friedrich Hermann Wilh.
Wendt mit Wilhelmine Luise Schneider
in Pölkau. Arb. Franz Malinowski
in Hadenhorst mit Theophile Kam-
minski in Wieworken. Arbeiter
Hermann Ludmann in Neustadt mit
Emma Friederike Bries in Ladeburg.
Eheschließungen: Kran-
führer Hermann Tregel mit Elise
Marchall. Kaufmann Wilh. Berg-
mann in Paderborn mit Martha
Gutter hier. Kaufm. Wilh. Redow
in Thale mit Pauline Förster hier.
Am 6. Nov.: Postassistent Franz
Venede mit Helene Wegne.
Geburten: Hildegard, E. des
Badermeisters Karl Friedel. Elise,
E. des Schmieds Otto Christel.

Stahlfabrik.
Eheschließungen: Werkführ.
Arthur Gersdorff in Schöneberg mit
Emma Rindert hier. Analytiker
Hilmar Römheld hier mit Ida Hund
in Leopoldshall. Maurer Friedrich
Bethge in Kellwitz mit Emma Koch
hier. Badermeister Hermann Bohne
in Geddingen mit Emma Straube hier.
Geburten: S. des Berginval.
Hermann Schiergott.
Todesfall: Buffetier August
Wygge, 30 J.

Wofa, E. des Sattlers Star Hammer.
Hildegard, E. des Bierkellners
Friedrich Lange. Elisabeth, E. des
Architekten Otto Schlieben.
Todesfälle: Joseph Hillmann,
Schneidergeselle, 56 J. 3 M. 23 J.
Erich, S. des Schneiders Wilhelm
Brandt, 1 M. 20 J. Luise geb.
Klöppel, Ehefr. des Cigarrenarb. Rich.
Weber, 25 J. 2 M. 16 J. Witwe
Christiane Franzig geb. Venede,
56 J. 11 M. 9 J. Anna Bierich,
mü., 25 J. 9 M. 11 J. Gustav
Kafmeyer, Former, 71 J. 2 M. 15 J.
Willy, S. des Wagenmstrs. Friedr.
Hänfel, 9 M. 5 J. Joseph Brausch,
Gastwirt, 63 J. 6 M. 8 J. Hans,
S. des Schriftstellers Ernst Brandt,
1 J. 3 M. 20 J.
Tatgeburten: S. des Hand-
lungsgeh. Richard Gusing, S. des
Arbeiters Friedrich Tieg in Cracu.

Sudenburg, 11. November.
Aufgebote: Maschinenheizer
Elias Christian Simroth mit Witwe
Antke Johanne Helene Henriette
geb. Dittschreiber. Tischler Karl
Christian Martin Simon mit Anna
Joch. Betriebsbeamteter Wilh. Feiner.
Karl Kuhnsohl hier mit Emma
Sophie Briesmann in Hohenhausen.
Geburt: Anna, E. des Eisen-
drehers Friedrich Paul.
Todesfälle: Ella, unehel., 2 M.
20 J.

Budau, 11. November.
Aufgebote: Eisenheizer Max
Arthur Furrington hier mit Frieda
Paula Svormann in M.-Sudenburg.
Geburten: Werner, S. des
Straßen-Schaffn. Helmuth Müds.
Ernst Wilhelm, unehel. Margarete,
E. des Schlossiers Wilhelm Schults.
Herbert, S. des gepflüht. Lokomotiv-
heizers Friedrich Treppe.

Neustadt, 11. November.
Aufgebote: Maschinenheizer
Friedrich Albert Bethge mit Witwe
Werner, Bertha geb. Kugler.
Eheschließung: Elektromont.
Rudolf Weitemeier mit Margarete
Lauze.

Geburten: Gertrud, E. des
Versicherungs-Beamten Max Stoyge.
Hermann, S. des Arbeiters Andr.
Drewnstedt. Ella, E. des Steinzei-
ger Karl Kaufentel. Ernst, S. des
Kupferchmieds Emil Stellfeld. Ella,
E. des Arbeiters Theodor Böb.

Aufgebote: Former Louis
Heinemann mit Agnes Kluge. Ar-
beiter Hermann Brink mit Ida
Gehard.

Geburten: S. des Arbeiters
Otto Rehter. S. des Mt.-Jnval.
Friedrich Hauschild. S. des Arbeiters
Gustav Richter. S. des Arbeiters
Karl Weber. E. des Arbeiters
Albert Günther.

Burg, 10. November.
Aufgebote: Maurer Otto Alb.
Reyher mit Anna Elise Hönide.
Geburten: S. des Heizers
Wilhelm Davids. S. des Hand-
schuhmachers Hermann Wagner. E.
des Schuhmachers Arthur Sander.
E. des Handelsmanns Karl Simon.
E. des Arbeiters Wilhelm Pfeiler.
Todesfälle: Otto Reinhold,
S. des verst. Arbeiters Herrm. Frey,
5 M.

H. LUBLIN

Extra-Preise

Donnerstag
Freitag
Sonnabend

China-Ziegenfelle

ca. 75	gefärbt Ziegen, gefüttert, Gr. ca. 50/80	Werth 2.25	<u>Sonderpreis</u> <small>Stück</small> 1.50
ca. 100	gefärbt Ziegen, gefüttert, Gr. ca. 55/85	Werth 3.00	<u>Sonderpreis</u> <small>Stück</small> 2.00
ca. 150	gefärbt Ziegen, gefüttert, Gr. ca. 65/100	Werth 5.00	<u>Sonderpreis</u> <small>Stück</small> 3.40
ca. 40	gefärbt Ziegen, gefüttert, Gr. ca. 70/125	Werth 6.50	<u>Sonderpreis</u> <small>Stück</small> 4.50
ca. 150	gefärbt Ziegen, gefüttert, Gr. ca. 70/170	Werth 9.00	<u>Sonderpreis</u> <small>Stück</small> 6.00

Ausstellung

von echten Eisbären, echten Leoparden, echten Tigern, echten Braumbären, echten sibirischen Wölfen

Tischdecken

ca. 50	Stück Tama einfarbig bordeaux Tuch mit Stickerei	Werth 3.75	<u>Sonderpreis</u> <small>Stück</small> 2.50
ca. 50	Stück Coteline einfarbig bordeaux Nelly, Seiden-Imitation	Werth 5.00	<u>Sonderpreis</u> <small>Stück</small> 3.35
ca. 50	Stück Coteline einfarb. bord., Apis I, mit Schnur u. Quasten	Werth 2.75	<u>Sonderpreis</u> <small>Stück</small> 1.85
ca. 45	Stück Crepe einfarbig bordeaux, reine Wolle	Werth 7.50	<u>Sonderpreis</u> <small>Stück</small> 5.00
ca. 40	Stück Plüsch einfarbig Zara mit Kante und Franzen	Werth 5.00	<u>Sonderpreis</u> <small>Stück</small> 3.85
ca. 100	Stück Plüsch einfarbig mit Chenille-Bordure	Werth 9.50	<u>Sonderpreis</u> <small>Stück</small> 6.00
ca. 60	Stück Plüsch einfarbig mit eleganter breiter Bordure	Werth 13.00	<u>Sonderpreis</u> <small>Stück</small> 8.25
ca. 30	Stück Plüsch einfarbig mit eleganter Stickerei	Werth 13.50	<u>Sonderpreis</u> <small>Stück</small> 9.50
30	Stück Moquette-Decken	Werth 30.00-50.00	<u>jetzt</u> 16.00-27.00

Einzelne Decken bedeutend unter Preis

Portièren

ca. 100	Paar = 2 Châles gestreift ca. 85/250	Werth 1.80	<u>Sonderpreis</u> 1.25
ca. 100	Paar = 2 Châles glatt mit Borde ca. 90/300	Werth 4.50	<u>Sonderpreis</u> 2.75
ca. 100	Paar = 2 Châles glatt mit Blumen ca. 90/300	Werth 5.50	<u>Sonderpreis</u> 3.75
ca. 30	Garnituren Granada mit Stickerei (2 Châles 100/300 1 Lambrequin)	Werth 12.50	<u>Sonderpreis</u> 8.50
ca. 25	Garnituren Granada mit Stickerei (2 Châles 100/300 1 Lambrequin)	Werth 17.50	<u>Sonderpreis</u> 12.50
30	Einzelne Garnituren Tuch- u. Leinenplüsch	Werth 13.50-30.00	<u>jetzt</u> 8.50-14.00
ca. 200	Mtr. Moquette, ältere Muster	Werth 5.00	<u>jetzt</u> 3.25
ca. 250	Mtr. Möbelstoffe, uni und bunt	Werth 3.00	<u>jetzt</u> 1.75